



Bericht

der Landesregierung

über den Abbau öffentlicher Arbeitsplätze

Drucksache 15/ 722

Beschluss des Landtages vom 21. Februar 2001

Federführend ist die Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus

1. Einleitung

Der gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und technologische Wandel macht auch vor politischen Institutionen und staatlichen Einrichtungen und Strukturen nicht Halt. Eine noch effektivere, wirtschaftlichere, kostenbewusstere und zugleich flexiblere öffentliche Verwaltung ist längst zu einem bedeutenden Faktor im nationalen und internationalen Standortwettbewerb um Unternehmen und Arbeitsplätze geworden. Die Landesregierung hat sich diesen Anforderungen gestellt und ist bemüht, die öffentliche Verwaltung den sich ändernden und dabei stetig steigenden Anforderungen anzupassen.

Eines der wesentlichen Ziele der Verwaltungsreform in Schleswig-Holstein ist es, Eigenverantwortung statt Hierarchie zu stärken, also die Durchführung von Aufgaben in möglichst eigenständigen Einheiten mit eigener Ergebnis-, Ressourcen- und Mitarbeiterverantwortung zu ermöglichen. Nur so können die vorhandenen, immer knapper werdenden personellen und sachlichen Ressourcen effektiv genutzt sowie die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger als Empfänger von Verwaltungsdienstleistungen gestärkt werden. Ausmaß und Geschwindigkeit dieses Reformprozesses stellen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung hohe, zum Teil grundsätzlich neue Anforderungen.

Neben der konsequenten Aufgabenkritik und der Binnenmodernisierung der Behörden bleibt die Optimierung des Verwaltungsaufbaus und der Behördenstruktur wichtiger Bestandteil der Reformbemühungen. Die Auflösung, Verlegung, Zusammenlegung, Reduzierung oder sonstige Umstrukturierung von Behörden oder Behördenteilen hat oftmals Auswirkungen auf die Anzahl der öffentlich Beschäftigten in den einzelnen Standorten; dies ist aber nicht immer gleichzusetzen mit einem Verlust von Arbeitsplätzen insgesamt. Die Schließung einzelner Standorte (beispielsweise bei den Straßenmeistereien) hat gegebenenfalls auch zu einer Stärkung der umliegenden Standorte geführt. Bei den einzelnen Maßnahmen kann es jedoch zu Konflikten zwischen den berechtigten Interessen der Standortgemeinden und den Reformbestrebungen kommen. Die Landesregierung ist bemüht, diese Konflikte durch sorgfältige Abwägung vor Organisationsentscheidungen unter Berücksichtigung auch regionalpolitischer Aspekte zu minimieren.

Auch bei den Bundesbehörden und insbesondere bei der Bundeswehr haben die veränderten politischen Rahmenbedingungen der 90er Jahre zu Zusammenlegungen, Reduzierungen und Schließungen von Behörden und Einrichtungen geführt. Diese Organisationsentscheidungen des Bundes haben zu einem Abbau von fast 30.000 Arbeitsplätzen in Schleswig-Holstein geführt und hatten damit umfangreichere Folgen für die Beschäftigungssituation im öffentlichen Sektor in den verschiedenen Teilregionen Schleswig-Holsteins als die Landesmaßnahmen (Im Zeitraum 1990 bis 2000 entfielen bei der Bundeswehr ca. 27.800, bei sonstigen Bundesbehörden und -einrichtungen knapp 1.800 und bei Landesbehörden knapp 1.100 Dienstposten.).

Die Umstrukturierungsmaßnahmen bei den verschiedenen Bundes- und Landesbehörden sind keineswegs abgeschlossen. Teilweise werden bereits beschlossene Maßnahmen erst in den kommenden Jahren schrittweise umgesetzt. Der anhaltende Strukturwandel in

allen gesellschaftlichen Bereichen wird auch zukünftig die Änderungen in Organisationsstrukturen als Daueraufgabe staatlicher und kommunaler Entscheidungsträger belassen.

Der vorliegende Bericht zeigt die standortrelevanten Veränderungen bei den Landes- und Bundesbehörden sowie den Bundeswehrstandorten in Schleswig-Holstein während des vergangenen Jahrzehnts auf. Aufgeschlüsselt nach Kreisen und einzelnen Gemeinden sind die Maßnahmen im Zeitraum 1990 bis 2000 (siehe **Anlage 1**) sowie die aktuell geplanten Veränderungen (siehe **Anlage 2**) tabellarisch zusammengestellt. Die Anlagen enthalten jeweils Angaben zu folgenden Punkten:

- betroffene Bundes- oder Landesbehörde bzw. Bundeswehrstandort,
- Beschreibung der (geplanten) Maßnahme,
- Anlass der (geplanten) Maßnahme,
- Zeitpunkt/ Zeitraum der Umsetzung der (geplanten) Maßnahme,
- Zielsetzung der (geplanten) Maßnahme,
- (geplante) Zahl der abgebauten bzw. aufgebauten Arbeitsplätze am Standort.

Dass regionale und strukturpolitische Gesichtspunkte bei den Entscheidungen von Bund und Land zu Verwaltungsstrukturveränderungen berücksichtigt wurden, wird unter Ziffer 6 des Berichtes erläutert. Einen Überblick zu den bereits durchgeführten bzw. geplanten Ausgleichsmaßnahmen in Folge der Umstrukturierungen gibt Ziffer 7. Unter Ziffer 8 folgt eine regionale Bewertung der Maßnahmen.

Für den Zuständigkeitsbereich des Bundes wurden die Umstrukturierungen in Folge der Privatisierung der Post und der Bahn in diesem Bericht ebenso nicht berücksichtigt wie Maßnahmen bei der Bundesbank und deren Zweigstellen. Zur Bundesfinanzverwaltung sind die in der **Anlage 2** aufgeführten Daten zu den „geplanten Maßnahmen“ dem der Landesregierung vorliegenden Grobkonzept des Bundesfinanzministeriums zur „Strukturentwicklung Bundesfinanzverwaltung“ entnommen worden. Bei den Landesbehörden wurden Umstrukturierungen im Bereich Polizei bis zur Ebene der Polizeidirektionen erfasst. Auf Angaben zu Schulen und den dort Beschäftigten wurde verzichtet, weil Schulen im Sinne des Berichtsantrags nicht als Landesbehörden einzustufen sind. Die Stellenangaben für die Hochschulen berücksichtigen die Stellentwicklung bis heute, beziehen jedoch Drittmittelstellen und Stellen aus den Hochschulförderprogrammen nicht ein.

2. Zielsetzung

Vorrangiges Ziel der zahlreichen organisatorischen Maßnahmen des Landes seit Beginn der 90er Jahre war und ist, Verwaltungsleistungen effektiver und effizienter zu erbringen und eine flexiblere Organisation auf allen Verwaltungsebenen zu erreichen. Beispielsweise sollen fachlich zusammengehörende Aufgaben gebündelt und verzichtbare Hierarchien abgebaut werden.

Leitlinien von notwendigen Reorganisationsmaßnahmen sind für die Landesregierung dabei

- eine hinreichende Orts- und Bürgernähe,
- ein hinreichender Spezialisierungsgrad,
- eine möglichst umfassende Integration von Aufgaben, die sachverwandt sind und im Verfahren umfangreiche Abstimmungen erfordern,
- eine ausreichende politische und administrative Steuerungsfähigkeit durch die oberste Ebene und
- die Vermeidung einer zu geringen Größe von Organisationseinheiten.

Die Neuordnung der betroffenen Behörden soll insgesamt wirtschaftlich sein, unzumutbare Belastungen an den bisherigen Standorten sollen vermieden werden, unvermeidbare Belastungen ausgewogen verteilt werden und die Reorganisation soll sozialverträglich umgesetzt werden.

Durch diese Neustrukturierung der Landesverwaltung soll aber nicht nur die Effektivität von Behörden verbessert werden. Gleichzeitig sollen kurz- und mittelfristig Kosteneinspar-effekte erzielt werden, indem beispielsweise durch die gezielte Zusammenlegung von fachlich verwandten Aufgaben, durch die Verkürzung von Verfahrensabläufen oder durch die Verlagerung von Kompetenzen Prozesskosten eingespart werden. Dabei soll auch den durch technischen Fortschritt bedingten neuen Möglichkeiten rationeller Aufgabenerledi-gung Rechnung getragen werden.

Die hier genannten Zielsetzungen und Leitlinien treffen im Grundsatz ebenso für Entschei-dungen des Bundes zur Neustrukturierung seiner Behörden und Einrichtungen zu. We-sentlich für die Veränderungen im Bereich der Bundeswehr, des Bundesgrenzschutzes und des Zolls in Schleswig-Holstein waren die seit Anfang der 90er Jahre veränderten Rahmenbedingungen auf Grund der deutschen Einheit, der Erweiterung der Europäischen Union und der Liberalisierung in Osteuropa. Die veränderte verteidigungspolitische Situa-tion ermöglichte und erforderte Anpassungen der Streitkräftestrukturen sowie im Bereich der Wehrverwaltung mit der Folge einer deutlichen Reduzierung des Streitkräfteumfangs im Land. Auch die neue Aufgabenstellung des BGS machte umfangreiche organisatori-sche Veränderungen notwendig.

Mit den aktuell geplanten Maßnahmen bei Bund und Land soll dieser Prozess kontinuierlich fortgesetzt werden.

Die Zielsetzungen der verschiedenen organisatorischen Veränderungen bei Bundes- und Landesbehörden sind im Einzelnen in den **Anlagen 1 und 2** aufgeführt.

3. Umstrukturierungen im Zeitraum 1990 bis 2000

Ein zentraler Bestandteil der Strukturreform der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein war und ist die Neuordnung der oberen und unteren Landesbehörden. Nachdem zu Beginn der 12. Wahlperiode mit der Gründung des Umweltministeriums ein eigenes Ressort für die Belange von Natur und Umwelt geschaffen worden war, wurden 1996 die für verschiedene Umweltmedien zuständigen oberen Landesämter (Landesamt für Wasser-haushalt und Küsten, Landesamt für Naturschutz und Landschaftspflege, Geologisches Landesamt) sowie die Untersuchungsstelle für Umwelttoxikologie und die Staatliche Vogel-

schutzwarte zu einem Landesamt für Natur und Umwelt (LANU) zusammengefasst.

Mit der ab 1998 wirksam gewordenen Behördenstrukturreform wurden dann die nachgeordneten Behörden der Ministerien für ländliche Räume (MLR), für Umwelt, Natur und Forsten (MUNF) und für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) neu strukturiert mit dem Ziel, fachlich zusammenhängende Aufgaben zu bündeln und bislang getrennte Dienst- und Fachaufsichten durch die Schaffung von Staatlichen Umweltämtern, Ämtern für ländliche Räume sowie dem Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit und dem Landesamt für soziale Dienste zusammenzuführen.

Als weitere für die betroffenen Standorte bedeutsame Veränderungen und Umstrukturierungen von Landesbehörden sind hervorzuheben

- die Strukturreform der Landesforstverwaltung: Zusammenlegung von Forstämtern bei entsprechender Neuschneidung der Forstamtsbezirke,
- das Strukturkonzept für die Vermessungs- und Katasterverwaltung: Konzentration der Aufgaben der Katasterverwaltung auf weniger Ämter bei gleichzeitigem Ausbau des EDV-gestützten Angebotes,
- die Reorganisation der Straßenbauämter und des Unterhaltungsdienstes in den Straßenmeistereien,
- die Gründung der Fachhochschule Westküste,
- die Verlagerung der Ausbildung von Grund- und Hauptschullehrern von Kiel nach Flensburg,
- die Neuordnung des Liegenschaftswesens u.a. durch Errichtung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH) als Körperschaft öffentlichen Rechts und damit Externalisierung der Aufgaben der Landesbauverwaltung,
- die Aufhebung von drei Amtsgerichten im Rahmen der Strukturanalyse der Rechtspflege,
- die Zusammenlegung von Polizeidirektionen.

Im Bereich der Bundesbehörden erfolgten wesentliche Umstrukturierungen und Schließungen von überwiegend erheblicher Bedeutung für die Standorte auf Grund der Stationierungskonzepte des Bundesministers der Verteidigung von 1991, 1993 und 1995 und der Bundesgrenzschutz-Reform II des Bundesinnenministers. Hinzu kamen Entscheidungen des Bundesfinanzministeriums über die Struktur der Dienststellen der Bundesfinanzverwaltung (Zollverwaltung, Bundesvermögensverwaltung, Bundeskasse).

Im Einzelnen sind die Maßnahmen von Bund und Land und die betroffenen Standorte aus der Zusammenstellung in **Anlage 1** zu entnehmen.

4. Geplante Maßnahmen

Das Stationierungskonzept 2001 des Bundesministeriums der Verteidigung sieht eine weitere deutliche Reduzierung der Dienstposten der Bundeswehr in Schleswig-Holstein vor. Insgesamt ist im Saldo eine Reduzierung um weitere rund 4 800 Dienstposten geplant. In diesem Zusammenhang sollen in Schleswig-Holstein neun Bundeswehrstandorte geschlossen und zehn zum Teil erheblich reduziert werden. Durch Verschiebungen von Dienstposten innerhalb des Landes und geplante Verlegungen aus dem übrigen Bundes-

gebiet, die im Einzelnen aber noch nicht feststehen, wird sich an einigen Standorten des Landes allerdings die Zahl der Dienstposten auch erhöhen. Darüber hinaus sind derzeit noch nicht alle Umstrukturierungsmaßnahmen/ Schließungen aus früheren Bundeswehrstrukturreformen umgesetzt, so dass es auf Grund dieser Planungen zu weiteren Reduzierungen kommen wird.

Von Seiten des Landes sind derzeit in folgenden Verwaltungsbereichen Veränderungen bzw. Umstrukturierungen geplant oder angedacht:

- eine weitere Reduzierung der Zahl der Katasterämter,
- die Konzentration verschiedener Landeslabore in Neumünster (Landeslaborkonzept),
- die Zusammenlegung der vier Landesbezirkskassen zu einer Landesbezirkskasse,
- die Auflösung des Museumsamtes in Schleswig,
- weitere Strukturveränderungen in der Straßenbauverwaltung,
- Strukturveränderungen in der Eichverwaltung,
- die Auflösung der Heimatauskunftsstellen.

Soweit sich die Planungen bereits auf konkrete Standorte beziehen, sind sie in der **Anlage 2** "geplante Maßnahmen" aufgeführt. Allerdings sind diese Planungen unterschiedlich weit vorangetrieben. Hier bedarf es weiterer Abstimmungen und Konkretisierungen. Aus diesen Überlegungen können zurzeit konkrete Umsetzungsschritte noch nicht abgeleitet werden. Insofern muss auch noch offen bleiben, ob die derzeit angegebenen Planzahlen über die Arbeitsplatzentwicklungen der weiteren Überprüfung Stand halten und als realisierbar aufrecht erhalten werden können und sollen.

Die Auflistung geplanter Maßnahmen in diesem Bericht kann nicht abschließend sein. Im Rahmen einer permanenten Überprüfung der Aufgaben und der Organisationsstrukturen ist zu erwarten, dass künftig weitere Maßnahmen in Erwägung gezogen werden.

5. Auswirkungen auf die Arbeitsplätze

Die Umstrukturierungen bei Landes- und Bundesbehörden sind in der Regel mit Personalveränderungen verbunden. Dabei führt nicht jede Veränderung der Behördenstruktur auch zu einem Abbau von Stellen. Teilweise wird durch Aufgabenverlagerung bzw. Aufgabenverzicht und durch den Umbau von Stellen die Bewältigung anderer und neuer dringender Aufgaben erst ermöglicht. Gleichwohl ist neben der Optimierung von Verwaltungsabläufen und der Verbesserung der Kundenfreundlichkeit die gleichzeitige Kosteneinsparung wesentliches Ziel von Umstrukturierungsmaßnahmen.

Die angestrebten Stellenreduzierungen konnten in erheblichem Maße durch altersbedingtes Ausscheiden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erreicht werden. In besonderem Maße haben dabei die Beschäftigten von der sog. 58er-Regelung Gebrauch gemacht. Auch wurden zahlreiche Stellen mit kw-Vermerken versehen, so dass diese nach dem Ausscheiden der Stelleninhaber/ des Stelleninhabers nicht wiederbesetzt werden und damit mittel- bis langfristig deutliche Personalkosteneinsparungen möglich waren und sind.

Außerdem war es durch innerbehördliche Optimierungsstrategien zur Straffung von Verfahrensabläufen und durch andere Rationalisierungsmaßnahmen möglich, personelle Ressourcen einzusparen. Der hierdurch bedingte Personalabbau in den einzelnen Behörden oder Behördenteilen kann in diesem Bericht nicht gesondert ausgewiesen werden.

Auch hat die Externalisierung von Aufgaben (beispielsweise: Umwandlung der Landeskrankenhäuser; Landesbauverwaltung/GMSH; Fördermittelmanagement bei der Investitionsbank) zum Abbau von Arbeitsplätzen beim Land Schleswig-Holstein geführt. Es sind jedoch nicht im gleichen Umfang qualifizierte Arbeitsplätze verloren gegangen. Großenteils werden die Bediensteten bei den mit den Aufgaben neu betrauten Unternehmen und Gesellschaften weiterbeschäftigt.

Im Rahmen der Behörden-Strukturmaßnahmen des Landes waren Umsetzungen von Beschäftigten zu anderen Dienststellen und Dienstorten im Land nicht immer vermeidbar. Dieser Prozess konnte auf das Mindestmaß beschränkt werden. Hierzu hat auch der Erhalt von Außenstellen (z.B. bei den ÄLR, den StUÄ etc.) beigetragen. Mit dem jeweils betroffenen Personal, mit den zuständigen Personalvertretungen sowie den Gewerkschaften wurden frühzeitig Gespräche geführt. Die Auswirkungen auf die Beschäftigten waren überwiegend gering und in wenigen Einzelfällen entstehende Härten konnten zumeist abgemildert werden.

Die Spalte „Zahl der aufgebauten oder abgebauten Arbeitsplätze“ in der **Anlage 1** zeigt, wie sich die Strukturveränderungen quantitativ auf die Zahl der Arbeitsplätze am jeweiligen Standort ausgewirkt haben. Bei der Verlagerung einer Landesdienststelle oder eines Teils der Dienststelle an einen anderen Standort ergeben sich einerseits negative und andererseits positive Arbeitsplatzzahlen bei den betroffenen Standorten.

Ein genauer Nachweis über den Verbleib der einzelnen Beschäftigten ist vor allem bei länger zurückliegenden Maßnahmen nicht mehr lückenlos möglich (siehe z.T. Angaben in Spalte „Bemerkungen“ in **Anlage 1**). Insbesondere fehlen hierzu Angaben bei den Bundesbehörden sowie den Bundeswehrstandorten. Allerdings ist auch hier davon auszugehen, dass die Umstrukturierungen und Personalveränderungen überwiegend sozialverträglich erfolgt sind und kaum Entlassungen vorgenommen wurden.

Hinsichtlich der Veränderungen im Rahmen der Bundeswehrstrukturreform 1995 konnte das Landesarbeitsamt feststellen, dass statistisch relevante Auswirkungen auf die regionalen Arbeitsmärkte nicht festzustellen waren. Ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit wurde also nicht registriert.

Die Verlagerung von Behörden geht auch keineswegs immer mit einem Wohnplatzwechsel der Beschäftigten einher. Zahlreiche Beschäftigte nehmen heute längere Arbeitswege in Kauf, um an ihrem Wohnort bleiben zu können. Insofern ist aus Sicht der jeweiligen Standortgemeinde eine Behördenverlagerung nicht gleichzeitig mit Einwohnerverlusten oder einem Rückgang der Kaufkraft verbunden.

Dieses trifft offensichtlich selbst auf die Verlagerung von Bundesbehörden und auch auf die Schließung oder Verlagerung von Bundeswehrstandorten zu. Aus zahlreichen Gemeinden ist bekannt, dass ehemalige Zeitsoldaten und sonstige Beschäftigte der Bun-

deswehr den Wohnsitz ihrer Familie insbesondere dann in der ehemaligen Standortgemeinde belassen, wenn sie dort Grundeigentum erworben haben.

6. Berücksichtigung regionaler und strukturpolitischer Aspekte

Entscheidungen der Landesregierung zur Optimierung der Behördenstruktur zielen grundsätzlich auf die Verbesserung von Effektivität und Effizienz der behördlichen Dienstleistungen. Bürger-/Kundennähe und straffe Aufgabenerledigung sowie betriebswirtschaftliche Aspekte (Investitions- und Unterhaltungskosten oder Nutzungs- oder Vermarktungsmöglichkeiten von Liegenschaften) werden dabei berücksichtigt. Insbesondere wenn es um Standortentscheidungen geht, fließen grundsätzlich auch regionale und strukturpolitische Gesichtspunkte in die Entscheidungsfindung ein.

Das Kabinett hat sich beispielsweise im Oktober 1997 ausdrücklich und umfangreich mit dem Thema "Regionalpolitische Auswirkungen von Organisationsentscheidungen" befasst. Dabei wurden die Auswirkungen auf die einzelnen betroffenen Standorte der Verwaltungsstrukturreform anhand von regionalwirtschaftlichen Strukturdaten überprüft und bewertet.

Hinsichtlich der Bundesentscheidungen hat die Landesregierung mit ausführlichen Stellungnahmen gegenüber der Bundesregierung auf regionalpolitische und standörtliche Besonderheiten und Problemlagen aufmerksam gemacht. Gerade bei den Strukturveränderungen in der Bundesfinanzverwaltung hatte sich die Landesregierung beim Bundesfinanzminister immer wieder für den Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein eingesetzt. Als Verhandlungserfolg konnte erreicht werden, dass Kiel als länderübergreifender Standort bei der Teilkonzentration der Bundeskassen- und Bundeswehrkassenaufgaben fest vorgesehen ist.

In ihrer Stellungnahme gegenüber dem Bundesverteidigungsminister von 1995 hatte die Landesregierung nachdrücklich deutlich gemacht, dass Schleswig-Holstein und insbesondere die strukturschwachen Regionen des Landes überdurchschnittlich stark von den Auswirkungen des Streitkräftekonzeptes und den Strukturveränderungen der territorialen Wehrverwaltung betroffen sind.

Auch zum neuen Stationierungskonzept 2001 des Bundesministers der Verteidigung hat die Landesregierung am 29. Januar 2001 eine ausführliche Stellungnahme abgegeben. Sie hat darin auf die mit den einzelnen Standortschließungen und -reduzierungen verbundenen Probleme für die Standortgemeinden aber auch auf Aspekte des Katastrophenschutzes aufmerksam gemacht. Die betroffenen Gemeinden hatten die Möglichkeit, sich direkt mit Sachargumenten für die Erhaltung ihrer Bundeswehreinrichtungen einzubringen.

Anlässlich der aktuell geplanten Organisationsentscheidungen bei Bundes- und Landesdienststellen hat sich die Landesregierung in den letzten Monaten eingehend mit den regionalpolitischen Auswirkungen befasst. Für Städte und Gemeinden des Landes, die Standorte von Landesbehörden oder Behördenteilen sind, wurden Informationen zu folgenden Aspekten zusammengetragen:

- Fördermaßnahmen seit 1. Januar 1995 (z.B. Landesprogramme, Gemeinschaftsfinanzierungen mit Bund und EU, Gesamtmittel im Kreisgebiet),

- aktuelle und geplante Förderprojekte in den Standorten und Kreisen,
- bestehende Landesdienststellen (inkl. Beschäftigtenzahlen und Stellen),
- bestehende Bundeseinrichtungen (inkl. Beschäftigtenzahlen und Stellen),
- abgeschlossene Organisationsentscheidungen des Landes und des Bundes seit 1. Januar 1995 (inkl. Zu- und Abgänge) sowie
- weitere beschlossene Organisationsentscheidungen des Landes und des Bundes, die gegenwärtig noch nicht umgesetzt sind.

Darüber hinaus wurden zu jedem Standort folgende wesentliche Strukturdaten zentral erhoben:

- Einwohnerzahl,
- Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (darunter bei öffentlichen Verwaltungen),
- Arbeitslosenquote,
- Freie Finanzspitze je Einwohner in DM,
- Pendlersaldo sowie
- Sozialhilfequote.

Jeder Standort wurde anschließend auf Grundlage dieser Daten unter regionalpolitischen Gesichtspunkten bewertet. Die dabei erzielten Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die an Hamburg angrenzenden Kreise Stormarn, Pinneberg und Segeberg partizipieren an der positiven Entwicklung der Metropolregion Hamburg. Auch zukünftig sind weiter deutliche Einwohnerzuwächse, eine vergleichsweise rege Bautätigkeit und zusätzliche Arbeitsplätze im gewerblichen sowie im Dienstleistungssektor zu erwarten. Dieser positive Trend zeigt sich nach der deutschen Vereinigung auch im Kreis Herzogtum Lauenburg. Der Abbau von Stellen im öffentlichen Dienst kann in den vier genannten Kreisen eher kompensiert werden als in anderen Teilen des Landes.
- Diese Entwicklung greift bis in Teile des Kreises Steinburg hinein. Entwicklungspol ist insbesondere der Raum Itzehoe mit den dort ansässigen Unternehmen und Institutionen im Forschungs- und Technologiebereich. Allerdings gehört der Kreis nicht zur Fördergebietskulisse der EU-Strukturprogramme und des Regionalprogramms des Landes. Insbesondere die Schließungen der Bundeswehrstandorte Glückstadt und Hohenlockstedt werfen für die Region Probleme auf.
- Die Entwicklungsperspektiven für die strukturschwachen peripheren ländlichen Räume stellen sich schwieriger dar. Das gilt insbesondere für jene Regionen, die keine oder nur geringe touristische Entwicklungspotentiale aufweisen. In diesen Räumen nehmen insbesondere die Mittelzentren wie Schleswig, Rendsburg, Eckernförde, Heide oder Husum wichtige Funktionen als Arbeitsplatz- und Dienstleistungsschwerpunkte wahr. Ihre Schwächung als Behördenstandorte kann in der jeweiligen Region nur schwerlich ausgeglichen werden. Der erhebliche Abbau von Dienstposten der Bundeswehr in Eckernförde und Schleswig bedeutet für diese Städte spürbare Kaufkraftverluste und droht die negative Bevölkerungsentwicklung in den Mittelzentren zu verstärken.
- Der Abbau von Dienststellen im öffentlichen Sektor fällt in den kreisfreien Städten Flensburg, Kiel und Neumünster vergleichsweise hoch aus. Auch hinsichtlich sonsti-

ger Arbeitsplätze haben die kreisfreien Städte zugunsten der Gemeinden ihres Umlandes an Gewicht verloren. Auch wenn das Entwicklungspotential in den kreisfreien Städten (richtiger: in den Stadtregionen) höher bleibt als in den ländlichen Regionen, sollte dieser Negativtrend bei künftigen Organisationsentscheidungen berücksichtigt werden. Besondere Berücksichtigung erfordert neben der besonderen Gesamtbelastung auch die Randlage Flensburgs.

- Auf Grundlage der Plandaten der Bundeswehrstrukturreform werden darüber hinaus folgende Konversionsstandorte als besonders stark betroffene anerkannt: Großenbrode, Hohenlockstedt, List, Neustadt i.H., Eckernförde, Glückstadt, Leck, Neumünster, Tarp, Rendsburg und Schleswig.

Auf Basis dieser Einschätzungen hat die Landesregierung unter anderem beschlossen,

- dass die Belastung einzelner Städte, Kreise und Regionen auf Grund bereits getroffener Entscheidungen bei künftigen Organisationsentscheidungen in besonderem Maße berücksichtigt werden sollen und
- dass die besonders stark betroffenen Konversionsstandorte bei zukünftigen Förderungen bevorzugt berücksichtigt werden sollen.

Die Landesregierung hat vorgesehen, zukünftig jährlich die Bestandsaufnahme zu den in Schleswig-Holstein bestehenden Bundes- und Landesbehörden einschließlich der geplanten Organisationsentscheidungen zu aktualisieren und auf die regionalpolitischen Auswirkungen hin zu überprüfen.

7. Ausgleichsmaßnahmen

Auf die Auswirkungen der Bundeswehrstrukturreformen wurde seitens der Landesregierung mit gezielten Konversionsprojekten reagiert. Nach den Stationierungsentscheidungen des Bundesverteidigungsministers ab 1991 hat die Landesregierung 12 Kommunen als Problemstandorte anerkannt und sich zum Ziel gesetzt, dort jeweils mindestens ein größeres strukturverbesserndes Projekt zu unterstützen. Zur Finanzierung allein dieser Konversionsprojekte hat die Landesregierung bis Ende 2000 Mittel in Höhe von rund 125 Millionen DM bereitgestellt aus verschiedenen Förderprogrammen des Bundes, des Landes und der EU.

In den Problemstandorten wurden folgende Projekte realisiert bzw. eingeleitet:

- **Kiel**

Im Rahmen des Gesamtvorhabens „Sanierung der Hörn“, einer der wichtigsten und bedeutsamsten Strukturmaßnahmen im Lande, wurde als erster Baustein der 3. Fährterminal (1. Baustufe) mit Gesamtkosten von rund 162 Millionen DM gefördert und bereits fertiggestellt. Als weitere Kompensationsmaßnahme wurde die „Wiedernutzbarmachung der Hörnflächen“ mit Gesamtkosten von 36 Millionen DM (davon 14,76 Millionen DM EFRE-Mittel) als Projekt des Ziel 2-Programms 1994-1996 gefördert. Auf dem Areal, auf dem sich Dienstleistungs- und Gewerbebetriebe ansiedeln können, werden bis zu 2.200 neue Arbeitsplätze erwartet.

- **Flensburg**
Hier wird als Konversionsprojekt die Umgestaltung des Straßenzuges „Schiffbrücke“ mit Gesamtkosten von 23,6 Millionen DM durchgeführt. Übergeordnetes Ziel der Umgestaltung ist die Initiierung von wirtschaftlich bedeutsamen Investitionen unter dem Slogan „Arbeiten und Wohnen am Wasser“.
- **Husum**
In Husum wurden als Konversionsprojekte der Bau des „Bildungszentrums für Tourismus und Gastronomie“ mit Gesamtkosten von 10,7 Millionen DM sowie die „Erschließung des Gewerbegebietes Ost“ mit Gesamtkosten von 2,82 Millionen DM gefördert.
- **Leck**
Das Konversionsprojekt „Erschließung eines Gewerbegebietes“ mit Kosten von 1,13 Millionen DM wurde bereits realisiert. Zurzeit erfolgt die „Modernisierung der Schwimmhalle“ mit Kosten von 5,37 Millionen DM. Mit dieser Maßnahme soll die Tourismusinfrastruktur in der Gemeinde verbessert werden, um die Standortqualität weiter zu erhöhen.
- **Eckernförde**
Hier wurden 3 Konversionsprojekte durchgeführt: Die Erschließung eines Gewerbegebietes mit Kosten von 1,3 Millionen DM, die Errichtung eines Technik- und Ökologiezentrums mit Investitionskosten von 16,11 Millionen DM und der Ausbau der Strandpromenade mit Kosten von rund 2,1 Millionen DM, die zur Steigerung der touristischen Attraktivität beitragen soll.
- **Kappeln**
Hier wurden als Konversionsprojekte die „Erschließung eines Gewerbegebietes im Ortsteil Mehby“ und die „Neugestaltung der Hafenuferzone“ mit Kosten von insgesamt 9,7 Millionen DM gefördert.
- **Großenbrode**
Die Gemeinde Großenbrode hat das 51 ha große Gelände der ehemaligen Marineküstenschule erworben, für das eine touristisch ausgerichtete Anschlussnutzung vorgesehen ist. Mit der Schaffung einer Kurpromenade für rund 2,4 Millionen DM wird ein wesentlicher Baustein für die Akquisition privater Investoren geschaffen.
- **Oldenburg in Holstein**
Auf der Grundlage einer Machbarkeitsstudie wird zurzeit in Oldenburg ein Gewerbezentrum für Existenzgründer mit Kosten von 7,7 Millionen DM errichtet.
- **Neustadt in Holstein**
Hier soll mit Konversionsmitteln die ehemalige Bundesliegenschaft „Pelzerhaken“ für Tourismus und als Wohnstandort entwickelt werden. Geplant ist in diesem Zusammenhang auch der Bau einer Strandpromenade mit Kosten von 2,7 Millionen DM.
- **Plön**
Die LEG hat in Kooperation mit der Stadt Plön die Liegenschaft der „Fünf-Seen-Kaserne“ erworben, die neue gewerbliche Nutzungsmöglichkeiten für die Stadt ermöglicht.

Im Hinblick auf die Entscheidung des Bundesverteidigungsministers vom 16. Februar 2001 zur zukünftigen Struktur der Bundeswehr, nach der in Schleswig-Holstein neun Standorte geschlossen werden und zehn z.T. erheblich reduziert werden sollen, hat die Landesregierung zusammen mit allen anderen Ländern ein Bundeskonversionsprogramm gefordert, mit dem zusätzliche Finanzmittel bereitgestellt werden sollen, um die Folgenutzungen aufgegebener Standorte zu erleichtern.

Unabhängig von einem Bundeskonversionsprogramm wird das Land eigene Fördermittel für die betroffenen Standortgemeinden zur Verfügung stellen. Mit der Initiative „Ziel: Zukunft im eigenen Land“ und insbesondere dem Regionalprogramm 2000 verfügt die Landesregierung über ein Förderinstrumentarium, mit dem die negativen wirtschaftlichen Folgen des Truppenabbaus gemildert und die Weichen für neue wirtschaftliche Aktivitäten gestellt werden können. Das Wirtschaftsministerium hat darüber hinaus ein Konversionsbüro eingerichtet, das einen Informations-Service des Landes aus einer Hand bietet.

In welchem Umfang mit den in den vergangenen Jahren eingesetzten Fördermitteln neue Arbeitsplätze geschaffen wurden oder der Bestand an vorhandenen Arbeitsplätze gesichert werden konnte, lässt sich im Einzelfall nicht darstellen. Statistisch hat zum Beispiel der Abbau von Bundeswehrdienstposten nicht zu nachhaltigen Einbrüchen auf dem Arbeitsmarkt geführt. Teilweise haben sich für die betroffenen Kommunen aus dem Freiwerden der Bundeswehrliegenschaften neue Chancen für die Erschließung und Entwicklung von Wohnbau- oder auch Gewerbeflächen ergeben. Beispielhaft können genannt werden

- die städtebauliche Umwandlung der ehemaligen Bismarck- und Bose-Bergmann-Kasernen in Wentorf bei Hamburg,
- das Gewerbegebiet Elmenhorst-Lanken auf dem ehemaligen Standortübungsplatz,
- das städtebauliche Konversionsprojekt Klosterforst Itzehoe.

Die Verwaltungsstrukturmaßnahmen des Landes haben im Vergleich zu den Bundesmaßnahmen, insbesondere denen bei der Bundeswehr, erheblich geringere Auswirkungen auf die Zahl der öffentlichen Arbeitsplätze. Gezielte Ausgleichsprogramme wurden daher seitens des Landes auch nicht aufgelegt. Die Arbeitsplatzentwicklung vor Ort und in der Region, dabei immer auch die der öffentlichen Arbeitsplätze, ist für die Landesregierung ein gewichtiger Indikator für die Bewertung der standörtlichen und regionalen Wirtschafts- und Entwicklungspotentiale als Entscheidungsgrundlage über die Vergabe von Fördermitteln für regionalbedeutsame Projekte gewesen.

Eine Zunahme der Arbeitslosigkeit aufgrund von Organisationsveränderungen bei den Landesbehörden ist nicht belegbar. Vielmehr zeigen die Arbeitsmarktdaten für alle Teile des Landes eine Abnahme der Arbeitslosenzahlen an. Zu dieser positiven Entwicklung haben insbesondere die verschiedenen strukturpolitischen Programme der Landesregierung beigetragen, die heute unter der Initiative Ziel: „Zukunft im eigenen Land“ zusammengefasst sind.

8. Regionale Bewertung

Nach den in der **Anlage 1** dargestellten Organisationsmaßnahmen errechnet sich insgesamt für den Zeitraum von 1990 bis einschließlich 2000 ein durch Organisationsentscheidungen bedingter Abbau von insgesamt ca. 30.700 Arbeitsplätzen im Bereich der Landes- und Bundesbehörden sowie bei der Bundeswehr (vgl. die Zusammenstellung in **Anlage 3**).

Auf die Bundeswehr entfällt dabei der Hauptanteil von ca. 27.800 abgebauten Dienstposten. Das sind gut 90 Prozent der Gesamtmenge. Werden die weiteren knapp 1.800 abgebauten Arbeitsplätze bei sonstigen Bundesbehörden und beim Bundesgrenzschutz in Schleswig-Holstein hinzugezählt, so macht der durch Behördenstrukturentscheidungen bedingte Abbau bei Bundesdienststellen sogar 96 Prozent des dargestellten Abbaus von öffentlichen Arbeitsplätzen bei Landes- und Bundesbehörden in Schleswig-Holstein aus.

Vom Abbau der Bundeswehr waren im vergangenen Jahrzehnt insbesondere der Planungsraum V mit der Stadt Flensburg und den Kreisen Nordfriesland und Schleswig-Flensburg sowie der Planungsraum III mit Schwerpunkt in Kiel und Neumünster betroffen. Überdurchschnittlich waren auch die Bundeswehrdienstposten-Verluste in der Stadt Lübeck und noch stärker im Kreis Herzogtum Lauenburg, für den darüber hinaus die Auflösung des Bundesgrenzschutzstandortes Schwarzenbek besonders zu erwähnen ist.

Die Arbeitsplatzauswirkungen der Behördenentscheidungen des Landes betrafen insbesondere die Kreise Ostholstein und Schleswig-Flensburg, die Stadt Kiel, aber auch den Kreis Dithmarschen. Ausschlaggebend sind hierbei insbesondere die mit der Aufgabenübertragung auf die neugegründete GMSH realisierten Einsparpotentiale. Für die Kreise Ostholstein und Schleswig-Flensburg wird in der **Anlage 3** der durch die fortschreitende Dezentralisierung der Psychiatrie bedingte Stellenabbau an den Fachkliniken in Schleswig und Heiligenhafen deutlich abgebildet. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde und die Stadt Neumünster und in geringem Umfang die Kreise Nordfriesland, Pinneberg und Herzogtum Lauenburg weisen bezogen auf die Arbeitsplatzauswirkungen der Landesmaßnahmen sogar einen positiven Saldo auf.

Der größte Behördenstandort des Landes ist und bleibt die Landeshauptstadt Kiel. Die herausragende Bedeutung Kiels als zentraler Behördenstandort des Landes Schleswig-Holstein verdeutlicht die Zusammenstellung in der **Anlage 4**. Die Ministerialverwaltung sowie die Hochschulen und die dem Universitätsklinikum zuzuordnenden Arbeitsplätze fallen hierbei insbesondere ins Gewicht. Hochschulen und Universitätsklinikum sind auch in der Stadt Lübeck Schwerpunktbereiche öffentlicher Arbeitsplätze. Neben Kiel und Lübeck weisen aber auch der Kreis Nordfriesland, der Kreis Steinburg, die Stadt Flensburg sowie die Kreise Schleswig-Flensburg und Rendsburg-Eckernförde nach wie vor eine bemerkenswerte Anzahl von Beschäftigungsdienststellen des Landes Schleswig-Holstein in Behörden des nachgeordneten Bereiches auf.

Mit den in diesem Bericht dokumentierten Einsparungen von knapp 1.100 Dienstposten durch Strukturmaßnahmen im Behördenbereich hat die Landesregierung den Weg einer Behördenstrukturreform bislang erfolgreich begonnen. Neben der Optimierung der Verwaltungsstrukturen bei Aufrechterhaltung größtmöglicher Kundennähe konnte eine Straffung von Verfahrensabläufen bei gleichzeitiger Erhöhung der Wirtschaftlichkeit erreicht werden. Damit war es möglich, dass die Verwaltung sich auch mit neuen wichtigen Auf-

gaben befassen konnte. Insgesamt konnten bei den Organisationsentscheidungen des Landes erhebliche regionale Benachteiligungen vermieden werden.

Der mit der beschlossenen Bundeswehrstrukturreform 2001 absehbare weitere Abbau von Dienstposten an Bundeswehrstandorten oder deren endgültige Schließung trifft eine Reihe von Städten und Gemeinden des Landes nochmals. Betroffen sind insbesondere der Kreis Schleswig-Flensburg, die Stadt Kiel sowie die Kreise Rendsburg-Eckernförde, Steinburg und Nordfriesland. Hier stehen für die besonders betroffenen Konversionsstandorte Landesmittel für investive Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen des Konversionsprogramms zur Verfügung.

Auch bei den in **Anlage 2** aufgelisteten geplanten Organisationsmaßnahmen sind die Vorhaben der Bundeswehr mit einem avisierten Abbau von insgesamt ca. 11.300 Dienstposten von ausschlaggebender Bedeutung. Bei anderen Bundesdienststellen ist auf Grund geplanter Maßnahmen in der Summe mit gut 100 zusätzlichen Dienstposten zu rechnen.

Der geplante Stellenabbau bei den derzeit überschaubaren Maßnahmen im Bereich der Landesbehörden fällt vergleichsweise gering aus. Hierbei werden die Kreise Steinburg und Schleswig-Flensburg sowie die kreisfreie Stadt Kiel stärker betroffen sein als andere Kreise. Die Stadt Neumünster sowie die Kreise Pinneberg und Rendsburg-Eckernförde und in geringem Umfang auch die Stadt Flensburg werden von den nach derzeitigem Planungsstand vorgesehenen Maßnahmen profitieren.

Anlage 1

Maßnahmen 1990 - 2000

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
Dithm	Albersdorf	BW	Bundeswehr	Abbau von Dienststellen	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-218	
Dithm	Arkebek	BW	Bundeswehr	Umstrukturierung		umgesetzt		10	
Dithm	Elpersbüttel/ Meldorf	BW	Bundeswehr	Abbau von Dienststellen		umgesetzt		-5	
Dithm	Heide	L	Amt für Land- und Wasserwirtschaft (ALW) Heide Amt für ländliche Räume (ALR) Husum, Außenstelle Heide	Strukurreform - Organisatori- sche Veränderungen in den nachgeordneten Bereichen des MLR, MASGV und MUNF. Selbständiges ALW Heide wird Außenstelle des ALR Husum	Behördenstruktur- anpassungsgesetz vom 12.12.97; LVO über die Errichtung von Ämtern für ländliche Räume vom 12.12.97	01/01/1998	Fachlich zusammen- hängende Aufgaben bündeln und bislang getrennte Dienst- und Fachaufsicht zusam- menführen. Die Reform hat zu einer Konzentra- tion der Aufgabenwahr- nehmung und zu klaren Zuständigkeiten geführt.	-189	ALW : - 278 ALR : + 92 1.1.1998 bis 1.1.2001: -3
Dithm	Heide	L	Versorgungsamt Heide Landesamt für soziale Dienste (LAsD), Außenstelle Heide	Auflösung des Versorgungs- amtes Heide im Rahmen der Errichtung des LAsD, hier Außenstelle Heide	Landesverordnung über die Errichtung des LAsD vom 9.12.1997	01/01/1998	Umstrukturierung der Versorgungs- verwaltung	-18	Versorg.amt: - 97 LAsD : + 97 1.1.1998 bis 1.1.2001 : - 18

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
Dithm	Heide	L	Fachhochschule Westküste	Gründung der Fachhochschule	Landtagsbeschlüsse Gesetz zur Neuordnung von Hochschulen vom 08.02.1994	1994	Einrichtung einer FH mit 1.000 Studienplätzen; derzeit ca. 700 Studie- rende	45	
Dithm	Heide	BW	Bundeswehr (Luftwaffe, Heer Kreiswehrrersatzamt)	Abzug von Dienststellen	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	7	
Dithm	Meldorf	L	Straßenmeisterei Meldorf	Schließung	Entscheidung des MWTV	1993 - 1995	Steigerung der Wirt- schaftlichkeit des Stra- ßenunterhaltungs- dienstes in Schleswig- Holstein	-20	Konkrete Angaben sind nicht mehr möglich; betroffen waren ca. 20 Arbeitsplätze. Es hat keine Entlassungen/ Kündi- gungen gegeben. Die Beschäf- tigten sind zu anderen Straßen- meistereien versetzt worden oder altersbedingt ausgeschie- den.
Dithm	Welmbüttel	BW	Bundeswehr	Umstrukturierung	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	4	

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
FL	Flensburg	L	Lebensmittel- und Veterinäruntersu- chungsamt, Außen- stelle Flensburg	Schließung der Außenstelle und Verlagerung nach Neumünster	Kab.-Beschluss	13/10/1995	Steigerung der Effizienz durch Bündelung der Aufgabenwahrnehmung am Hauptstandort Neumünster	-11	Die Arbeitsplätze wurden von Flensburg nach Neumünster verlagert.
FL	Flensburg	L	Landesamt für Ausländerangelegen- heiten, Außenstelle Flensburg	Errichtung als Außenstelle	Ausländer- und Asyl- verordnung vom 17.03.1993	01/04/1993	Außenstelle am Sitz der zugeordneten Gemein- schaftsunterkunft des Landes	2	
FL	Flensburg	L	Landesamt für Ausländerangelegen- heiten, Außenstelle Flensburg	Schließung der Außenstelle	Kabinettsbeschluss vom 21./ 22.05.1997	30/06/2000	Konzentration der Un- terbringung von Flücht- lingen an zwei Stand- orten	-2	
FL	Flensburg	L	Polizeidirektion SH Nord und Kriminal- polizeidirektion SH Nord	Umorganisation beider Behör- den zu einer Polizeidirektion (Polizeidirektion Nord)	Änderungsgesetz zum POG vom 11.02.1994	01/04/1994	Organisatorische Integration von Schutzpolizei und Kri- minalpolizei auf zwei Leitungsebenen	0	
FL	Flensburg	L	Landesbücherei- zentrale	Auflösung der Landesbücherei- zentrale und Übertragung der Aufgaben auf den Büchereiver- ein Schleswig-Holstein e.v.		31/12/1994	Straffung und Zusam- menführung der zen- tralen Einrichtungen, um durch den Einsatz neuer Steuerungsmod- elle zentrale Dienst- leistungen beschleun- igen zu können.	0	Die Mitarbeiter der Landes- büchereistelle wurden der Büchereizentrale überlassen. Arbeitsplätze gingen nicht verloren.

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
FL	Flensburg	L	Landesbauverwaltung GMSH	Auflösung der Landesbauverwaltung und Umstrukturierung zur GMSH	Kabinettsbeschluss vom 27.06.94	seit Anfang 1995	Steigerung der Effizienz (insbesondere Minde- rung der Kosten)	-74	
FL	Flensburg	L	Arbeitsgericht Flensburg	Zunahme der Zahl der Beschäf- tigten aufgrund der Auflösung des Arbeitsgerichtes Husum	Mit Art. VIII des HH- gesetzes 1994 wurde die Änderung des Ge- setzes über die Neu- einteilung der Bezirke der Gerichte für Arbeits- sachen in SH beschlos- sen (LT-Beschluss in der Tagung vom 26.- 28.01.1994)	25/02/1994	Steigerung der Effizienz durch Schaffung größerer, leistungsfähiger Gerichtseinheiten in Elmshorn und Flens- burg; Beseitigung von Engpässen im richterli- chen und nichtrichterli- chen Bereich. Insge- samt konnte eine gleichmäßigere Be- und Entlastung der Arbeits- gerichte erreicht wer- den.	3	Die Stellen des Arbeitsgerichtes Husum wurden zu etwa glei- chen Teilen auf die aufnehmen- den Gerichte Elmshorn und Flensburg verteilt.
FL	Flensburg	L	Amt für Land- und Wasserwirtschaft (ALW) Flensburg Amt für ländliche Räume (ALR) Husum, Außenstelle Flens- burg	Strukurreform - Organisatori- sche Veränderungen in den nachgeordneten Bereichen des MLR, MASGV und MUNF. Selbständiges ALW Flensburg wird Außenstelle des ALR Husum	Behördenstruktur- anpassungsgesetz vom 12.12.97; LVO über die Errichtung von Ämtern für ländliche Räume vom 12.12.97	01/01/1998	Fachlich zusammen- hängende Aufgaben bündeln und bislang getrennte Dienst- und Fachaufsicht zusam- menführen. Die Reform hat zu einer Konzentra- tion der Aufgabenwahr- nehmung und zu klaren Zuständigkeiten geführt.	-48	ALW : - 122 ALR : + 78 1.1.1998 bis 1.1.2001: -4

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebauten oder aufgebauten Arbeitsplätze	Bemerkungen
FL	Flensburg	L	Universität Flensburg	Ausbau der Hochschule	Kabinettsbeschluss vom 19.10.1997	1997 - lfd.	Einführung neuer Studienbereiche auf dem Gebiet der Wirtschaft Konzentration der Lehramtsausbildung (G+H, Real) an der Universität Flensburg	43 42	
FL	Flensburg	L	Fachhochschule Flensburg	Umsetzung des Programms zum Ausbau der Fachhochschulen Anfang der 90er Jahre	Landeshochschulplan von 1991		Ausbau des Fachhochschulwesens zur 2. Säule des Hochschulsystems. Verbesserung des Angebotes in Technik (Verfahrenstechnik, Bio-Verfahrenstechnik), Informatik und Energie	41	
FL	Flensburg	BW	Bundeswehr (Wehrbereichsverpflegungsamt, Heer)	Abzug von Dienststellen	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	Wehrbereichsverpflegungsamt 31.08.1992, Heer bis März 1997	Bundeswehrstrukturreform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-5200	
FL	Flensburg	B	Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (Außenstelle)	Schließung der Außenstelle	Entscheidung der Bundesregierung	31/03/1996	unbekannt	-35	

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
FL	Flensburg	B	Zollkommissariat Land Zollämter Padborg, Harrislee, Kupfermühle, Ellund/Autobahn	Auflösung bzw. Reduzierung des Personalbestandes	Entscheidung BMF	1993	Anpassung an verän- derte Rahmenbedin- gungen	-100	Keine Entlassungen; die Mitar- beiter wurden i.d.R. zu anderen Behörden versetzt.
FL	Flensburg	B	Zollfahndungszweig- stelle Flensburg	Auflösung		1997		-14	

Kreis / kreisfreie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbehörde (L) / Bundeswehr (BW) / Bundesbehörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehrstandort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebauten oder aufgebauten Arbeitsplätze	Bemerkungen
HL	Lübeck	L	Landesamt für Ausländerangelegenheiten	Errichtung als Außenstelle	Ausländer- und Asylverordnung vom 17.03.1993	01/04/1993	Außenstelle am Sitz der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende	8	
HL	Lübeck	L	Polizeidirektion SH Süd und Kriminalpolizeidirektion SH Süd	Umorganisation beider Behörden zu einer Polizeidirektion (Polizeidirektion Süd)	Änderungsgesetz zum POG vom 11.02.1994	01/04/1994	Organisatorische Integration von Schutzpolizei und Kriminalpolizei auf zwei Leitungsebenen	0	
HL	Lübeck	L	Landesbauverwaltung / GMSH	Auflösung der Landesbauverwaltung und Umstrukturierung zur GMSH	Kabinettsbeschluss vom 27.06.94	seit Anfang 1995	Steigerung der Effizienz (insbesondere Minderung der Kosten)	-114	
HL	Lübeck	L	Amt für Land- und Wasserwirtschaft (ALW) Lübeck Amt für ländliche Räume (ALR) Lübeck	Strukurreform - Organisatorische Veränderungen in den nachgeordneten Bereichen des MLR, MASGV und MUNF. Dem ALR wird die Außenstelle Itzehoe mit dem Pflanzenschutz am Standort Rellingen hinzugefügt	Behördenstruktur- anpassungsgesetz vom 12.12.97; LVO über die Errichtung von Ämtern für ländliche Räume vom 12.12.97	01/01/1998	Fachlich zusammenhängende Aufgaben bündeln und bislang getrennte Dienst- und Fachaufsicht zusammenführen. Die Reform hat zu einer Konzentration der Aufgabenwahrnehmung und zu klaren Zuständigkeiten geführt.	-63	ALW : -156 ALR : +93 1.1.1998 bis 1.1.2001: -2

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
HL	Lübeck	L	Versorgungsamt Lübeck Landesamt für soziale Dienste (LAsD), Außenstelle Lübeck	Auflösung des Versorgungs- amtes Lübeck und Errichtung des LAsD, Außenstelle Lübeck	Landesverordnung über die Errichtung des LAsD vom 9.12.1997	01/01/1998	Umstrukturierung	-14	Versorg.amt: -134 LAsD : + 134 1.1.1998 bis 1.1.2001 : - 14
HL	Lübeck	L	Gewerbeaufsichtsamt Lübeck Staatliches Umwelt- amt Itzehoe, Außenstelle Lübeck Landesamt für Ge- sundheit und Arbeits- sicherheit Schleswig- Holstein (LGASH), Außenstelle Lübeck	Strukurreform - Organisatori- sche Veränderungen in den nachgeordneten Bereichen des MLR, MASGV und MUNF. Auflösung der Gewerbeauf- sichtsämter und Gründung von Staatlichen Umweltämtern sowie Errichtung des LGASH	Behördenstruktur- anpassungsgesetz vom 12.12.97; LVO über die Errichtung von Staatlichen Umwelt- ämtern und LVO über die Errichtung des LGASH vom 9.12.1997	01/01/1998	Kostensenkung, Effizienzsteigerung	-17	GAA : - 69 StUA : + 16 1.1.1998 bis 1.1.2001: + 3 LGASH : +30 1.1.1998 bis 1.1.2001 : +3
HL	Lübeck	L	Registrierstelle des schleswig-holsteini- schen Krebsregisters	Einrichtung beim Institut für Krebsepidemiologie	§ 2 Abs. 3 Landeskrebs- registergesetz	01/01/1997		8	5 Stellen
HL	Lübeck	L	Medizinische Universität	Gründung der Technisch- Naturwissenschaftlichen Fakul- tät	LT-Beschlüsse	1993 - 2001	Ausbau von universitä- ren Informatik-Studien- gängen, Aufbau von F&E- Kapazitäten im Bereich der Medizininformatik	128	

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
HL	Lübeck	L	Fachhochschule Lübeck	Umsetzung des Programms zum Ausbau der Fachhoch- schulen Anfang der 90er Jahre	Landeshochschulplan von 1991		Ausbau des Fachhoch- schulwesens zur 2. Säule des Hochschul- systems	-5	Zum Ausbau der FH Lübeck wurden im wesentlichen Hochschulsonderprogramm- Stellen übergeleitet.
HL	Lübeck	L	Musikhochschule	Ausbau der Hochschule		1991 - lfd.	inhaltliche Abrundung des Lehrangebots	9	
HL	Lübeck	BW	Bundeswehr (Kreiswehersatzamt, Standortverwaltung, Heer)	Auflösung des Standortes	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	Kreiswehersatz- amt 31.12.92 StOV 31.12.93 MAD, Heer bis Ende 1994	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-1900	
HL	Lübeck	B	Katastrophenschutz- Zentralwerkstatt	Schließung	Entscheidung der Bundesregierung	01/01/1996	Abbau des Personals und Einsparung von Personalkosten	-9	Die Mitarbeiter wurden alle von anderen Behörden übernom- men (z.B. BGS, THW; Bundes- wehr, Munitionsräumdienst) oder sind altersbedingt ausge- schieden.
HL	Lübeck	B	Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flücht- linge (Außenstelle)	Errichtung als Außenstelle	Entscheidung der Bun- desregierung	01/04/1993	Konzentration der An- tragsbearbeitung auf einen Standort	47	

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
HL	Lübeck	B	Ausbildungsabteilung des BGS	Auflösung	Entscheidung des Bundesinnenministers im Rahmen der BGS Reform II	01/01/1998	Zusammenlegung von Dienststellen; verän- derte Aufgabenstellung des BGS nach Öffnung der innerdeutschen Grenze	-231	
HL	Lübeck	B	BGS-Grenzschutz- schule	Erweiterung der bestehenden Schule		01/01/1998		50	
HL	Lübeck	B	Zollamt Travemünde Abfertigungsstelle Nordlandkai	Reduzierung des Personal- bestandes, Aufhebung der Abfertigungsstelle Nordlandkai	Entscheidung BMF	1995	Anpassung an verän- derte Rahmenbedin- gungen	-115	
HL	Lübeck	B	Bundesvermögens- amt Lübeck	Auflösung (teilweise Fortführung als Außenstelle)		1996		-5	

Kreis / kreisfreie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbehörde (L) / Bundeswehr (BW) / Bundesbehörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehrstandort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebauten oder aufgebauten Arbeitsplätze	Bemerkungen
HZLbg	Bereich Lübeck/ Kreis Herzogtum Lauenburg	B	Hauptzollamt Lübeck-Ost Zollkommissariate Lübeck-Süd, Ratzeburg, Büchen Grenzkontrollstellen Gudow, Lauenburg, Büchen, Moising	Auflösung	Entscheidung BMF	1990/1991	Anpassung an die deutsche Einheit	-300	
HZLbg	Elmenhorst	BW	Bundeswehr	Auflösung des Standortes	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstrukturreform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-807	
HZLbg	Lauenburg	L	Amtsgericht	Aufhebung	Haushaltsbegleitgesetz vom 08.02.94	01/01/1995	Entlastung des Landeshaushaltes	-10	Die Beschäftigten haben zum Amtsgericht Schwarzenbek gewechselt. 2 Stellen wurden bis heute abgebaut.
HZLbg	Mölln	L	Amtsgericht	Zunahme der Zahl der Beschäftigten aufgrund der Aufhebung des Amtsgerichts Trittau		01/01/1995		3	
HZLbg	Schwarzenbek	L	Amtsgericht	Zunahme der Zahl der Beschäftigten aufgrund der Aufhebung der Amtsgerichte Lauenburg und Trittau		01/01/1995		9	AG Lauenbg: -10 AG Schwarzenbek: +10 danach -2 außerdem +1 von AG Trittau

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
HZLbg	Schwarzen- bek	B	Grenzschutzabteilung GSA 2 des Bundes- grenzschutzes	Auflösung des Standortes; Reduzierung der Gesamtzahl der BGS-Verbände	Entscheidung des Bundesinnenministers im Rahmen der BGS Reform II	Inkrafttreten zum 01.01.1998 Umsetzung 01.01.1998 - 1999	Reduzierung auf 11 Grenzschutzabteilun- gen; Auflösung von 12 Standorten	-608	
HZLbg	Wentorf bei Hamburg	BW	Bundeswehr (Heer, Standortver- waltung)	Auflösung des Standortes	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	Heer z. T. bereits bis Ende 1994, StOV 31.05.1995	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-2840	

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
Kiel	Kiel	L	Polizeidirektion SH Mitte und Kriminalpo- lizeidirektion SH Mitte	Umorganisation beider Behör- den zu einer Polizeidirektion (Polizeidirektion Mitte)	Änderungsgesetz zum POG vom 11.02.1994	01/04/1994	Organisatorische Integration von Schutz- polizei und Kriminal- polizei auf zwei Lei- tungsebenen	0	
Kiel	Kiel	L	MASGV - Landesseminar für Krankenpflege	Schließung	Kabinettsbeschluss vom 12.05.1997	31/05/1998	Durch den Teilnehmer- rückgang in der Fort- und Weiterbildung musste wegen des erheblichen Zuschuss- bedarfs die Schließung erfolgen.	-3	z.Z.der Schließung waren noch 9 Stellen vorhanden. 3 Stellen (1 Angst., 2 MTL) wurden eingespart. 6 Stellen wurden in den Einzelplan Kap.10 überführt und mit kw- Vermerk versehen.
Kiel	Kiel	L	Landesbezirkskassen Kiel I und Kiel II	Zusammenlegung zur Landesbezirkskasse Kiel	Organisations- entscheidung	01/12/1998	Konzentration der Kassenaufgaben, ge- meinsame Nutzung von Rechnerleistungen, Kostensparnisse. Die Zielsetzung wurde erreicht.	-2	
Kiel	Kiel	L	Landesbauverwaltung / GMSH	Auflösung der Landesbauverwaltung und Umstrukturierung zur GMSH	Kabinettsbeschluss vom 27.06.94	seit Anfang 1995	Steigerung der Effizienz (insbesondere Minde- rung der Kosten)	-166	
Kiel	Kiel	L	JVA Kiel	Inbetriebnahme der Freigängereinrichtung	gesetzlicher Auftrag gem. Strafvollzugs- gesetz	1999	Schaffung von Haftplät- zen im offenen Vollzug	5	

Kreis / kreisfreie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbehörde (L) / Bundeswehr (BW) / Bundesbehörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehrstandort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebauten oder aufgebauten Arbeitsplätze	Bemerkungen
Kiel	Kiel	L	Landesjugendamt Schleswig-Holstein	Integration in das Ministerium (seinerzeit: MAGS)	LT.- Beschluss vom 15.9.1993 zur Änderung des JuFöG und des KiTaG	01/09/1993	Gestaltung einer effizienteren Landesverwaltung und die Erzielung von Einsparungen, weil Erfahrungen mit der praktischen Umsetzung der Jugendpolitik im wesentlich größeren Umfang als bisher in die Arbeit des Ministeriums einfließen.	-4	Einsparung von 4 Planstellen
Kiel	Kiel	L	Amt für Land- und Wasserwirtschaft (ALW) Kiel Amt für ländliche Räume Kiel Pflanzenschutzamt Kiel Landesfischereiamt	Strukurreform - Organisatorische Veränderungen in den nachgeordneten Bereichen des MLR, MASGV und MUNF. In das ALR werden die oberen Landesbehörden Landesamt für Fischerei und Pflanzenschutzamt eingegliedert	Behördenstruktur- anpassungsgesetz vom 12.12.97; LVO über die Errichtung von Ämtern für ländliche Räume vom 12.12.97	01/01/1998	Fachlich zusammenhängende Aufgaben bündeln und bislang getrennte Dienst- und Fachaufsicht zusammenführen. Die Reform hat zu einer Konzentration der Aufgabenwahrnehmung und zu klaren Zuständigkeiten geführt.	-43	ALW : - 141 ALR : + 153 1.1.1998 bis 1.1.2001: +15 Pflsch.amt : - 38 LA f. Fisch.: -32

Kreis / kreisfreie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbehörde (L) / Bundeswehr (BW) / Bundesbehörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehrstandort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebauten oder aufgebauten Arbeitsplätze	Bemerkungen
Kiel	Kiel	L	Überwachungsstelle für Milcherzeugnisse und Handelsklassen	Auflösung; Übertragung der Zuständigkeiten auf das damalige MELFF	LVO über die Auflösung der Überwachungsstelle für Milcherzeugnisse und Handelsklassen und zur Änderung von Zuständigkeitsverordnungen vom 5.12.1990.	01/01/1991	Förderung der Effektivität durch Aufgabenkonzentration; Kostenersparnis.	-1	
Kiel	Kiel	L	Landesamt für Tierzucht	Auflösung; Übertragung der Zuständigkeiten auf die Landwirtschaftskammer	Tierzuchtgesetz (Bundesgesetz) vom 22.12.89; LVO zur Änderung der LVO zur Durchführung des Tierzuchtgesetzes vom 3.12.90	31/12/1990	Folge der Änderung des Bundesgesetzes	-8	Die Arbeitsplätze sind überwiegend in Kiel verblieben, gehören aber nicht mehr zum Bereich der Landesverwaltung.
Kiel	Kiel	L	Straßenmeisterei Kiel-Schulensee	Schließung	Entscheidung des MWTV	1993 - 1995	Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Straßenunterhaltungsdienstes in Schleswig-Holstein	-20	Konkrete Angaben sind nicht mehr möglich; betroffen waren ca. 20 Arbeitsplätze. Es hat keine Entlassungen / Kündigungen gegeben. Die Beschäftigten sind zu anderen Straßenmeistereien versetzt worden oder altersbedingt ausgeschieden.

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
Kiel	Kiel	L	Versorgungsamt Kiel Hauptfürsorgestelle aus MAGS Kiel Landesamt für soziale Dienste (LAsD), Außenstelle Kiel	Auflösung des Versorgungs- amtes Kiel und Errichtung des LAsD, Außenstelle Kiel. Eingliederung der Hauptfür- sorgestelle (vorher MAGS Kiel) in das LAsD und Verlegung der Arbeitsplätze von Kiel nach NMS.	Landesverordnung über die Errichtung des LAsD vom 9.12.1997	01/01/1998	Umstrukturierung	-15	Versorg.amt: -61 LAsD : + 61 1.1.1998 bis 1.1.2001 : +2 Hauptfürsorgest.: -17
Kiel	Kiel	L	Gewerbeaufsichtsamt Kiel Arzneimittelüber- wachungsstelle Landesamt für Gesundheitsberufe MASGV Apotheken- wesen und Gewerbeärztlicher Dienst Staatliches Umwelt- amt Kiel Landesamt für Ge- sundheit und Arbeits- sicherheit (LGASH) Kiel	Strukurreform - Organisatori- sche Veränderungen in den nachgeordneten Bereichen des MLR, MASGV und MUNF. Auflösung des Gewerbe- aufsichtsamtes, der Arznei- mittelüberwachungsstelle und des Landesamtes für Gesund- heitsberufe. Gründung von Staatlichen Umweltämtern und des Lan- desamtes für Gesundheit und Arbeitssicherheit	Kabinettsbeschluss vom 21./22.05.1997 Behördenstruktur- anpassungsgesetz vom 12.12.97; LVO über die Errichtung des LGASH vom 18.12.1997, LVO über die Errichtung von Staatlichen Umwelt- ämtern	01/01/1998	Kostensenkung, Effizienzsteigerung	67	GAA : -55 AMÜSt: -9 LfG : -17 MASGV Apoth. : -3 Gewerbeärztl. Dienst: -7 StUA : +78 1.1.1998 bis 1.1.2001: +2 LGASH : +75 1.1.1998 bis 1.1.2001 : +3

Kreis / kreisfreie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbehörde (L) / Bundeswehr (BW) / Bundesbehörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehrstandort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebauten oder aufgebauten Arbeitsplätze	Bemerkungen
Kiel	Kiel	L	Aufsichtsamt für Sozialversicherung	Umstrukturierung, Verlegung in das MASGV	Kabinettsbeschluss im Zusammenhang mit dem Haushaltsstrukturgesetz 1993 (Artikelgesetz zum HSG)	01/01/1994	Direkte Rechtsaufsicht über landesunmittelbare Sozialversicherungsträger.	0	
Kiel	Kiel	L	Untersuchungsstelle für Umwelttoxikologie (UFU) Landesamt für Wasserhaushalt und Küsten (LW) Landesamt für Naturschutz und Landschaftspflege (LN) Geologisches Landesamt (GLA) Staatliche Vogelschutzbehörde (VSW)	Strukturreform- Gründung eines Landesamtes für Natur und Umwelt in Flintbek Zusammenführung des Geologischen Landesamtes, des Landesamtes für Wasserhaushalt und Küsten, des Landesamtes für Naturschutz und Landschaftspflege, der Untersuchungsstelle für Umweltoxikologie und der Staatlichen Vogelschutzbehörde	LVO zur Errichtung des LANU vom 30.10.1995	01/01/1996	Fachlich zusammenhängende Aufgaben bündeln und bislang getrennte Dienst- und Fachaufsicht zusammenführen. Die Reform hat zu einer Konzentration der Aufgabenwahrnehmung und zu klaren Zuständigkeiten geführt.	-262	UFU: -6 LW: -115 LN: -45 GLA: -94 VSW: -2 Die Arbeitsplätze wurden nach Flintbek verlagert. Ein Teil der Dienststelle (Labore) ist in Kiel verblieben. Insgesamt sind bei der LANU-Gründung 10 Stellen kw gestellt worden.
Kiel	Kiel	L	Ausführungsbehörde für Unfallversicherung des Landes Schleswig-Holstein	Umstrukturierung, Zusammenlegung mit dem Gemeindeunfallversicherungsverband SH	Bundesgesetzliche Regelung; Kabinettsbeschluss vom 11. Nov. 1997	01/01/1998	Gesetzliche Vorgabe, Zielsetzung erreicht	0	

Kreis / kreisfreie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbehörde (L) / Bundeswehr (BW) / Bundesbehörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehrstandort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebauten oder aufgebauten Arbeitsplätze	Bemerkungen
Kiel	Kiel	L	Christian-Albrechts-Universität	Aufbau der Technischen Fakultät	LT-Beschlüsse	1991 - 2000	Aufbau von universitären ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen in SH. Aufbau von F&E-Kapazitäten in wirtschaftsnahen Hochtechnologiefeldern	166	
Kiel	Kiel	L	Christian-Albrechts-Universität	Konzentration der Lehrerbildung in Flensburg	Kabinettsbeschluss vom 19.10.1997	1998-2004	Konzentration der Lehrerbildung in Flensburg	-42	
Kiel	Kiel	L	Muthesius-Hochschule	Errichtung der Muthesius-Hochschule	Gesetz zur Neuordnung von Hochschulen vom 08.02.1994	01/08/1994		6	
Kiel	Kiel	L	Fachhochschule Kiel	Umsetzung des Programms zum Ausbau der Fachhochschulen Anfang der 90er Jahre	Landeshochschulplan von 1991 Gutachten "Strukturreform der Hochschulen" von 1997	1991-2000	Ausbau des Fachhochschulwesens zur 2. Säule des Hochschulsystems. Stärkung technischer Bereiche; Entwicklung neuer Studiengänge.	41	
Kiel	Kiel	BW	Bundeswehr (Marine, Rechenzentrum der Bundeswehr)	Abzug von Dienststellen Reduzierung	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	Marine z. T. bereits bis Ende 1994 Rechenzentrum 31.03.97	Bundeswehrstrukturreform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-4750	

Kreis / kreisfreie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbehörde (L) / Bundeswehr (BW) / Bundesbehörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehrstandort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebauten oder aufgebauten Arbeitsplätze	Bemerkungen
Kiel	Kiel	B	Grenzaufsichtsstelle Ostuferhafen	Einrichtung	Entscheidung BMF	1995	Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen	-83	Aufbau von Arbeitsplätzen
Kiel	Kiel	B	Abfertigungsstelle Schwedenkai	Aufhebung		1995			
Kiel	Kiel	B	Zollboot "Rendsburg"	Verlagerung von Rendsburg nach Kiel		1996			
Kiel	Kiel	B	Zoll- u. Verbrauchssteuerabteilung der OFD Kiel	Auflösung (schrittweise Verminderung des Personalbestands)		1998			
Kiel	Kiel	B	Bundeskasse Kiel	schrittweise Personalerhöhung aufgrund Übernahme der BK-Aufgaben von Hamburg		ab 1999			Erhöhung des Personalbestandes
Kiel	Kiel	B	Bundesvermögensamt Kiel	Aufhebung (teilweise Fortführung als Außenstelle BV-Amt Flensburg)	Entscheidung BMF	1996	Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen	-39	
Kiel	Kiel	B	Bundesvermögensabteilung der Oberfinanzdirektion Kiel	Auflösung; Verlegung zur OFD Rostock; Fortführung z.T. als Außenstelle in der OFD Kiel		1998			

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
NMS	Neumünster	L	Landesamt für Ausländerangelegen- heiten	Errichtung als Außenstelle	Organisations- entscheidung des Innenministeriums	01/01/1997	Delegation nicht- ministerieller Aufgaben auf nachgeordneten Bereich	2	
NMS	Neumünster	L	Landesamt für Ausländerangelegen- heiten	Verlegung des Dienstsitzes von Itzehoe nach Neumünster	Kabinettsbeschluss vom 21. / 22.05.1997	01/12/1998	Konzentration der Un- terbringung von Flücht- lingen an zwei Stand- orten	30	
NMS	Neumünster	L	Verkehrsüberwa- chungsbereitschaft	Organisationsentscheidung - Errichtung einer unteren Landesbehörde	Änderungsgesetz zum POG vom 11.02.1994	01/04/1994	Umwandlung der Dienststelle mit beson- deren Aufgaben inner- halb des IM in eine untere Landesbehörde	0	
NMS	Neumünster	L	JVA Neumünster	Inbetriebnahme der Freigängereinrichtung	gesetzlicher Auftrag gem. Strafvollzugs- gesetz	2000	Schaffung von Haftplät- zen im offenen Vollzug	4	
NMS	Neumünster	L	JA Neumünster	Verlegung der Jugendanstalt nach Schleswig	gesetzlicher Auftrag, Trennung von Jugendli- chen und Erwachsenen	2000	Trennung von Jugendli- chen und Erwachsenen	37	

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
NMS	Neumünster	L	Straßenneubauamt Mitte	Anpassung der Aufbau- organisation im Bereich der Straßenbauverwaltung an rückläufige Straßenneubau- aktivitäten. Schließung der Straßenneubauämter und Über- tragung der Aufgaben auf die Straßenbauämter.	Entscheidung der Landesregierung; Mai 1997	01/01/2000	Anpassung der Aufbau- organisation im Bereich der Straßenbauver- waltung an rückläufige Straßeneubauaktivitä- ten	-64	Konkrete Angaben sind nicht mehr möglich; betroffen waren ca. 64 Arbeitsplätze. Es hat keine Entlassungen/Kündigungen gegeben. Die Beschäftigten sind zu anderen Straßenbau- ämtern versetzt worden oder altersbedingt ausgeschieden.
NMS	Neumünster	L	Lebensmittel- und Veterinäruntersu- chungsamt (LVUA) Neumünster	Auflösung der Außenstelle Flensburg des LVUA und Verla- gerung nach Neumünster	Kab.-Beschluss	13/10/1995	Steigerung der Effizienz durch Bündelung der Aufgabenwahrnehmung am Hauptstandort Neumünster	11	Die Arbeitsplätze wurden von Flensburg nach Neumünster verlagert.
NMS	Neumünster	L	Amtsgericht Neu- münster	Zunahme der Zahl der Beschäftigten aufgrund der Aufhebung des Amtsgerichtes Bad Bramstedt	Haushaltsbegleitgesetz vom 21.12.98	01/10/1999	Entlastung des Landes- haushaltes durch Auf- hebung von Amtsge- richten	19	

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
NMS	Neumünster	L	Landesversorgungs- amt Schleswig- Holstein Versorgungsärztliche Untersuchungsstelle (VUST) Othopädische Versor- gungsstelle (OVST) Hauptfürsorgestelle aus dem MAGS Landesamt für soziale Dienste (LAsD)	Zusammenlegung, Umstrukturierung Auflösung des Landes- versorgungsamtes NMS und Errichtung des LAsD, Außen- stelle NMS Eingliederung der Hauptfürsor- gestelle (vorher MAGS Kiel) in das LAsD und Verlegung der Arbeitsplätze von Kiel nach NMS.	Landesverordnung über die Errichtung des LAsD vom 9.12.1997	01/01/1998	Zusammenlegung sämtlicher Behörden und Dienststellen der ehemaligen Versor- gungsverwaltung	12	LaVersorgamt: -57 VUST : -14 OVST : -19 LAsD : + 90 1.1.1998 bis 1.1.2001 : -5 Hauptfürsorgest.: +17
NMS	Neumünster	BW	Bundeswehr (Heer, Bundeswehr- fachschule)	Abzug von Dienststellen Reduzierung	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	Heer bis März 1997 BW-Fachschule 30.06.1997	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-1370	

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
Nordfr	Bargum	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen	Entscheidungen der Bundesregierung	umgesetzt	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-46	
Nordfr	Bramstedt- lund	BW	Bundeswehr	Umstrukturierung	vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt		3	
Nordfr	Bredstedt	L	Forstamt Nordfriesland	Umorganisation der Forstämter des Landes. Zunahme der Zahl der Beschäftigten aufgrund der Schließung des Forstamtes Flensburg.	Kabinettsbeschluss von 1995	01/08/1997	Nutzung von Synergie- effekten und Effizienz- steigerungen in der Landesforstverwaltung	7	Aufnahme von Beschäftigten des ehemaligen Forstamtes Flensburg
Nordfr	Bredstedt	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-1	
Nordfr	Bredstedt	B	Grenzschutzschule des BGS	Konzentration der Ausbildung an einem Standort je Grenz- schutzpräsidium; Verlegung nach Walsrode	Entscheidung des	Inkrafttreten zum 01.01.1998 Umsetzung 01.01.1998-1999	Zusammenlegung der Ausbildungsstandorte	-128	
Nordfr	Bredstedt	B	BGS-Inspektion Bredstedt	Errichtung	Bundesinnenministers im Rahmen der BGS Reform II	01/01/1998	Umstrukturierung der Standorte	170	
Nordfr	Enge-Sande	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-13	

Kreis / kreisfreie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbehörde (L) / Bundeswehr (BW) / Bundesbehörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehrstandort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebauten oder aufgebauten Arbeitsplätze	Bemerkungen
Nordfr	Friedrichstadt/ Seeth	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstrukturreform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-112	
Nordfr	Hörnum / Sylt	BW	Bundeswehr			umgesetzt		-48	
Nordfr	Husum	L	Katasteramt Husum	Zusammenlegung der Katasterämter Husum und Niebüll zum Katasteramt Nordfriesland mit Hauptstelle in Husum und Außenstelle in Niebüll	LVO über die Errichtung der Katasterämter Nordfriesland und Ostholstein vom 08.06.1999	01/09/1999	Reduzierung der Zahl der Katasterämter von 17 auf 15	16	
Nordfr	Husum	L	Amt für Land- und Wasserwirtschaft (ALW) Husum Amt für ländliche Räume (ALR) Husum	Strukurreform - Organisatorische Veränderungen in den nachgeordneten Bereichen des MLR, MASGV und MUNF. Auflösung des ALW Husum und Einrichtung des ALR Husum mit Außenstellen in Heide und Flensburg	Behördenstruktur- anpassungsgesetz vom 12.12.97; LVO über die Errichtung von Ämtern für ländliche Räume vom 12.12.97	01/01/1998	Fachlich zusammenhängende Aufgaben bündeln und bislang getrennte Dienst- und Fachaufsicht zusammenführen. Die Reform hat zu einer Konzentration der Aufgabenwahrnehmung und zu klaren Zuständigkeiten geführt.	40	ALW : - 475 ALR : + 511 1.1.1998 bis 1.1.2001: +4

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
Nordfr	Husum	L	Arbeitsgericht Husum	Auflösung des Arbeitsgerichts Husum. Der zum Gerichtsbezirk gehörende Kreis Dithmarschen wurde dem Arbeitsgericht Elmshorn und der Kreis Nordfriesland dem Arbeitsgericht Flensburg zugeteilt.	Mit Art. VIII des HH-Gesetzes 1994 wurde die Änderung des Gesetzes über die Neueinteilung der Bezirke der Gerichte für Arbeits-sachen in SH beschlos-sen (LT-Beschluss in der Tagung vom 26.-28.01.1994)	25/02/1994	Steigerung der Effizienz durch Schaffung größerer, leistungsfähiger Gerichtseinheiten in Elmshorn und Flens-burg; Beseitigung von Engpässen im richterli-chen und nichtrichterli-chen Bereich. Insgesamt konnte eine gleichmäßigere Be- und Entlastung der Arbeits-gerichte erreicht wer-den.	-6	Die Stellen des Arbeitsgerichtes Husum wurden zu etwa glei-chen Teilen auf die aufnehmen-den Gerichte Elmshorn und Flensburg verteilt.
Nordfr	Husum	BW	Bundeswehr, (Luftwaffe, Heer)	Abzug von Dienststellen Reduzierung	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstruktur-reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-580	
Nordfr	Husum	B	Zollschiffstation Husum	Einrichtung	Entscheidung BMF	1997	Anpassung an verän-derte Rahmenbedin-gungen	7	
Nordfr	Ladelund	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstruktur-reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-28	

Kreis / kreisfreie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbehörde (L) / Bundeswehr (BW) / Bundesbehörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehrstandort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebauten oder aufgebauten Arbeitsplätze	Bemerkungen
Nordfr	Leck / Stadum	BW	Bundeswehrstandort Luftwaffe Standortverwaltung	Abzug von Dienststellen Reduzierung	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	Luftwaffe bis Ende 1994 StOV 30.06.1997	Bundeswehrstrukturreform Verringerung des Streitkräfteumfangs	-496	
Nordfr	List / Sylt	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen		umgesetzt	Bundeswehrstrukturreform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-246	
Nordfr	Löwenstedt	BW	Bundeswehr	Umstrukturierung				7	
Nordfr	Lütjenholm	BW	Bundeswehr					1	
Nordfr	Niebüll	L	Straßenmeisterei Niebüll	Schließung	Entscheidung des MWTV	1993 - 1995	Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Straßenunterhaltungsdienstes in Schleswig-Holstein	-20	Konkrete Angaben sind nicht mehr möglich; betroffen waren ca. 20 Arbeitsplätze. Es hat keine Entlassungen / Kündigungen gegeben. Die Beschäftigten sind zu anderen Straßenmeistereien versetzt worden oder altersbedingt ausgeschieden.
Nordfr	Niebüll	L	Katasteramt Niebüll	Zusammenlegung der Katasterämter Husum und Niebüll zum Katasteramt Nordfriesland mit Hauptstelle in Husum und Außenstelle in Niebüll	LVO über die Errichtung der Katasterämter Nordfriesland und Ostholstein vom 08.06.1999	01/09/1999	Reduzierung der Zahl der Katasterämter von 17 auf 15	-20	Versetzung von 16 Beschäftigten; zudem Stellenabbau von 4

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebauten oder aufgebauten Arbeitsplätze	Bemerkungen
Nordfr	Oster- Ohrstedt	BW	Bundeswehr	Umstrukturierung	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	7	
Nordfr	Süderlügum	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen		umgesetzt		-113	
Nordfr	Tönning	BW	Bundeswehr			umgesetzt		-44	
Nordfr	Wester- Ohrstedt	BW	Bundeswehr			umgesetzt		-119	
Nordfr	Westerland / Sylt	BW	Bundeswehr			umgesetzt		-1300	
Nordfr	Westerland / Sylt	B	Bundesvermögens- amt	Auflösung (Fortführung als Außenstelle)	Entscheidung BMF	1996	Anpassung an verän- derte Rahmenbedin- gungen	-1	bisher wurde 1 Stelle abgebaut

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebauten oder aufgebauten Arbeitsplätze	Bemerkungen
OH	Bannesdorf / Puttgarden	B	Zollamt Puttgarden	Reduzierung des Personalbestandes	Entscheidung BMF	1993	Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen	-50	
OH	Eutin	L	Katasteramt Eutin	Zusammenlegung der Katasterämter Eutin und Oldenburg zum Katasteramt Ostholstein mit Hauptstelle in Oldenburg und Außenstelle in Eutin	Landesverordnung über die Errichtung der Katasterämter Nordfriesland und Ostholstein vom 08.06.1999	01/09/1999	Reduzierung der Zahl der Katasterämter von 17 auf 15	-21	Versetzung von 16 Beschäftigten; zudem Stellenabbau von 5
OH	Eutin	L	Bereitschaftspolizeiabteilung, Landespolizeischule	Auflösung der beiden Dienststellen mit besonderen Aufgaben innerhalb des IM und Zusammenführung in der unteren Landesbehörde "Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei SH"	Änderungsgesetz zum POG vom 11.02.1994	01/04/1994	Umwandlung der Dienststellen mit besonderen Aufgaben innerhalb des IM in eine untere Landesbehörde	0	
OH	Eutin	L	Straßenneubauamt Ost	Anpassung der Aufbauorganisation im Bereich der Straßenbauverwaltung an rückläufige Straßenneubauaktivitäten. Schließung der Straßenneubauämter und Übertragung der Aufgaben auf die Straßenbauämter.	Entscheidung der Landesregierung; Mai 1997	01/01/2000	Anpassung der Aufbauorganisation im Bereich der Straßenbauverwaltung an rückläufige Straßenneubauaktivitäten	-82	Konkrete Angaben sind nicht mehr möglich; betroffen waren ca. 64 Arbeitsplätze. Es hat keine Entlassungen/Kündigungen gegeben. Die Beschäftigten sind zu anderen Straßenbauämtern versetzt worden oder altersbedingt ausgeschieden.
OH	Eutin	L	Landesbauverwaltung / GMSH	Auflösung der Landesbauverwaltung und Umstrukturierung zur GMSH	Kabinettsbeschluss vom 27.06.94	seit Anfang 1995	Steigerung der Effizienz (insbesondere Minderung der Kosten)	-85	

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
OH	Eutin	L	Forstamt Eutin	Zunahme der Zahl der Beschäf- tigten aufgrund der Schließung des Forstamtes Reinfeld	Kabinettsbeschluss 1998	01/01/1999	Nutzung von Synergie- effekten und Effizienz- steigerungen in der Landesforstverwaltung	3	Aufnahme von Beschäftigten des ehemaligen Forstamtes Reinfeld
OH	Eutin	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-163	
OH	Fehmarn OT Staber- huk, Wester- makelsdorf, Marienleuchte	BW	Bundeswehr			umgesetzt		-14	
OH	Großenbrode	BW	Bundeswehr			umgesetzt		-373	
OH	Heiligenhafen	L	Landeskrankenhaus Fachklinik Heiligen- hafen	Auflösung des Landeskranken- hauses und Errichtung der Fachklinik Heiligenhafen als öffentlich-rechtliche Fachklinik.	Fachklinikgesetz - FKIG vom 8.12.1995 (GVOBl. Sch.-H. S. 452)	01/01/1996		-163	1995 waren im früheren Lan- deskrankenhaus 812 Mitarbei- ter(innen). Bei der Fachklinik waren es 2000 noch 649. Grund für den anhaltenden Stellenab- bau ist nicht die rechtliche Verselbständigung der Fachkli- nik, vielmehr ist die fortschrei- tende Dezentralisierung der Psychiatrie dafür ursächlich.

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
OH	Neustadt in Holstein	L	Landeskrankenhaus Fachklinik Neustadt	Auflösung des Landeskranken- hauses und Errichtung der Fachklinik Neustadt als öffentlich-rechtliche Fachklinik.	Fachklinikgesetz - FKIG vom 8.12.1995 (GVOBl. Sch.-H. S. 452)	01/01/1996		-14	1995 waren im früheren Lan- deskrankenhaus 776 Mitarbei- ter(innen). Bei der Fachklinik waren es 2000 noch 762. Grund für den anhaltenden Stellenab- bau ist nicht die rechtliche Verselbständigung der Fachkli- nik, vielmehr ist die fortschrei- tende Dezentralisierung der Psychiatrie dafür ursächlich.
OH	Neustadt in Holstein	BW	Bundeswehr (Marine, Standortver- waltung)	Abzug von Dienststellen Reduzierung	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	Marine z. T. bereits bis Ende 1994 StOV 30.09.1995	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-300	
OH	Neustadt in Holstein	B	Küstenjägerhundert- schaft des BGS	Zusammenlegung von Verbän- den aufgrund der neuen BGS- Struktur nach Änderung des BGS-Gesetzes	Organisationserlass des BMI vom 01.04.1992	01/04/1992	Zusammenlegung von Dienststellen; verän- derte Aufgabenstellung des BGS nach Öffnung der innerdeutschen Grenze	-119	
OH	Oldenburg	L	Katasteramt Olden- burg	Zusammenlegung der Kataster- ämter Eutin und Oldenburg zum Katasteramt Ostholstein mit Hauptstelle in Oldenburg und Außenstelle in Eutin	Landesverordnung über die Errichtung der Ka- tasterämter Nordfries- land und Ostholstein vom 08.06.1999	01/09/1999	Reduzierung der Zahl der Katasterämter von 17 auf 15	16	

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
OH	Oldenburg / Putlos	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-745	

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
Pibg	Appen	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstrukturreform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-262	
Pibg	Elmshorn	L	Arbeitsgericht Elmshorn	Zunahme der Zahl der Beschäftigten aufgrund der Aufhebung des Arbeitsgerichtes Husum	Mit Art. VIII des HH-Gesetzes 1994 wurde die Änderung des Gesetzes über die Neueinteilung der Bezirke der Gerichte für Arbeits-sachen in SH beschlos-sen (LT-Beschluss in der Tagung vom 26.-28.01.1994)	25/02/1994	Steigerung der Effizienz durch Schaffung größerer, leistungsfähiger Gerichtseinheiten in Elmshorn und Flens-burg; Beseitigung von Engpässen im richterli-chen und nichtrichterli-chen Bereich. Insge-samt konnte eine gleichmäßigere Belas-tung der Arbeitsgerichte erreicht werden.	3	Die Stellen des Arbeitsgerichtes Husum wurden zu etwa glei-chen Teilen auf die aufnehmen-den Gerichte Elmshorn und Flensburg verteilt.
Pibg	Helgoland	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstrukturreform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-32	
Pibg	Pinneberg	BW	Bundeswehr			umgesetzt		-55	
Pibg	Wedel	BW	Bundeswehr			umgesetzt		-2	

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
Plön	Laboe	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-7	
Plön	Lütjenburg	BW	Bundeswehr	Umstrukturierung		umgesetzt		123	
Plön	Plön	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen Reduzierung		umgesetzt		-1100	
Plön	Selent	L	Landesjugendheim	Schließung	Kab.-Beschluss vom 11.9.1990 zur Umset- zung der Neuregelun- gen Hilfen zur Erzie- hung im Sozialgesetz- buch (SGB) VIII Kinder- und Jugendhilfe vom 26.6.1990 (BGBl. I S. 1163) - vorher JWG-	30/06/1993	Ausführung der Vorga- be des SGB VIII - vorher: JWG- (Verlage- rung der Einzelfallzu- ständigkeit vom Land auf die Kommunen)	-63	Die Mitarbeiter des Landesju- gendheimes Selent wurden weitgehend auf Arbeitsplätze in anderen Justizbereichen ver- setzt.
Plön	Todendorf / Panker	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-165	

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
Rd-Eck	Borgstedt	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-20	
Rd-Eck	Brekendorf	BW	Bundeswehr	Umstrukturierung		umgesetzt		1	
Rd-Eck	Eckernförde	BW	Bundeswehr Marine Teilbereich der Standortverwaltung			Marine bis Ende 1994 Teilbereich der StOV 30.09.1997		141	
Rd-Eck	Flintbek	L	Landesamt für Natur und Umwelt (LANU)	Strukturreform - Gründung des LANU Zusammenführung des Geolo- gischen Landesamtes (GLA), des Landesamtes für Wasser- haushalt und Küsten (LW), des Landesamtes für Naturschutz und Landschaftspflege (LN), der Untersuchungsstelle für Um- welttoxikologie (UFU) und der Staatlichen Vogelschutzwarte (VSW)	Kab.-Beschluss (LVO zur Errichtung des LANU vom 30.10.1995)	01/01/1996	Fachlich zusammen- hängende Aufgaben bündeln und bislang getrennte Dienst- und Fachaufsicht zusam- menführen. Die Reform hat zu einer Konzentra- tion der Aufgabenwahr- nehmung und zu klaren Zuständigkeiten geführt.	252	Kiel: UFU: -6 LW: -115 LN: -45 GLA: -94 VSW: -2 Flintbek: LANU : +262 1.1.1996 bis 1.1.2000: -10

Kreis / kreisfreie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbehörde (L) / Bundeswehr (BW) / Bundesbehörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehrstandort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebauten oder aufgebauten Arbeitsplätze	Bemerkungen
Rd-Eck	Hohn / Krummenort	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstrukturreform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-541	
Rd-Eck	Jevenstedt	BW	Bundeswehr	Umstrukturierung		umgesetzt		5	
Rd-Eck	Klein-Wittensee	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen		umgesetzt		-7	
Rd-Eck	Nienborstel	L	Forstamt Barlohe	Zunahme der Zahl der Beschäftigten aufgrund der Schließung des Forstamtes Rendsburg	Kab.-Beschluss von 1995	01/01/1996	Nutzung von Synergieeffekten und Effizienzsteigerungen in der Landesforstverwaltung	4	Aufnahme von 4 Beschäftigten des ehemaligen Forstamtes Rendsburg
Rd-Eck	Nortorf	B	Bundesanstalt für Arbeit, Geschäftsstelle Nortorf	Schließung	Unwirtschaftlichkeit bei Beibehaltung der Dienststelle	01/06/1995	Sparmaßnahme	-3	
Rd-Eck	Rendsburg	L	Katastrophenschutzschule (Bund) / Landesfeuerwehrschule (Außenstelle)	Schließung der KSS (Bund) und gleichzeitige Errichtung einer Außenstelle der Landesfeuerwehrschule in Rendsburg	Entscheidung der Bundesregierung und der Landesregierung	01/01/1995	Bund: Einsparung von Personalkosten Land: Aufrechterhaltung des Ausbildungsstandortes	0	Kauf der KSS durch das Land nach Verbilligungsrichtlinien für 1 DM nach Übernahme des Personals durch das Land
Rd-Eck	Rendsburg	L	Außenstelle der Landesfeuerwehrschule Schleswig-Holstein	Schließung der Außenstelle und Zusammenlegung mit der Landesfeuerwehrschule in Harrislee	Entscheidung der Landesregierung	01/01/2000	Konzentration der Ausbildung an einem Standort	-15	6 Beschäftigte wurden nach Harrislee versetzt. Es gab keine Entlassungen.
Rd-Eck	Rendsburg	L	Forstamt Rendsburg	Schließung des Forstamtes im Rahmen der Umorganisation der Forstämter des Landes	Kab.-Beschluss von 1995	01/01/1996	Nutzung von Synergieeffekten und Effizienzsteigerungen in der Landesforstverwaltung	-6	Die Arbeitsplätze wurden auf das Forstamt Barlohe (4) und auf das MUNF (2) verlagert.

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen	
Rd-Eck	Rendsburg	BW	Bundeswehr (Heer, Wehrbereichs- bekleidungsamt)	Umstrukturierung	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	207		
Rd-Eck	Rendsburg	B	Katastrophenschutz- Zentralwerkstatt	Schließung	Entscheidung der Bundesregierung	01/01/1998	Abbau des Personals und Einsparung von Personalkosten	-22	Die Mitarbeiter wurden alle von anderen Behörden übernom- men (z.B. BGS, THW; Bundes- wehr, Munitionsräumdienst) oder sind altersbedingt ausge- schieden.	
Rd-Eck	Rendsburg	B	Zollschiffstation Rendsburg, Zollboot	Aufhebung Verlagerung nach Kiel	Entscheidung BMF	1996	Anpassung an verän- derte Rahmenbedin- gungen	-6		
Rd-Eck	Schacht- Audorf	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-12		
Rd-Eck	Schweden- eck	BW	Bundeswehr			umgesetzt		-25		
Rd-Eck	Strande / Bülk	BW	Bundeswehr			Schließung		umgesetzt	-2	
Rd-Eck	Wapelfeld	BW	Bundeswehr			Umstrukturierung		umgesetzt	2	

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
Sebg	Bad Bram- stedt	L	Amtsgericht	Aufhebung	Haushaltsbegleitgesetz vom 21.12.98	01/10/1999	Entlastung des Landeshaushaltes	-39	Beschäftigte sind zu anderen Amtsgerichten gewechselt: 2 Bad Segeberg 19 NMS 18 Norderstedt
Sebg	Bad Bram- stedt	B	Grenzschutz- Präsidium Nord des BGS	Verlagerung von Teilbereichen des BGS von Bad Bramstedt nach Hamburg	Entscheidung des Bundesinnenministers im Rahmen der BGS Reform II			-125	
Sebg	Bad Sege- berg	L	Vertrauensstelle des schleswig-holsteini- schen Krebsregisters	Einrichtung der Vertrauensstelle bei der SH Ärztekammer	§ 2 Abs. 2 Landeskrebs- registergesetz			13	12 2/3 Stellen
Sebg	Bad Sege- berg	L	Amtsgericht Bad Segeberg	Zunahme der Zahl der Beschäf- tigten aufgrund der Aufhebung des Amtsgerichtes Bad Bram- stedt	Haushaltsbegleitgesetz vom 21.12.98	01/10/1999	Entlastung des Landeshaushaltes	2	
Sebg	Bad Sege- berg	BW	Bundeswehr	Umstrukturierung	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	232	
Sebg	Boostedt	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen		umgesetzt		-690	
Sebg	Groß Kummerfeld	L	Forstamt Neumünster	Schließung des Forstamtes im Rahmen der Umorganisation der Forstämter des Landes	Kab.-Beschluss von 1995	01/01/1996	Nutzung von Synergie- effekten und Effizienz- steigerungen in der Landesforstverwaltung	-6	Alle Arbeitsplätze wurden auf das Forstamt Segeberg verla- gert.

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
Sebg	Norderstedt	L	Amtsgericht Norder- stedt	Zunahme der Zahl der Beschäf- tigten aufgrund der Aufhebung des Amtsgerichtes Bad Bram- stedt	Haushaltsbegleitgesetz vom 21.12.98	01/10/1999	Entlastung des Landeshaushaltes	18	
Sebg	Rickling	L	Forstamt Neumüns- ter-Ost	Schließung des Forstamtes im Rahmen der Umorganisation der Forstämter des Landes	Kab.-Beschluss von 1995	01/01/1996	Nutzung von Synergie- effekten und Effizienz- steigerungen in der Landesforstverwaltung	-5	Alle Arbeitsplätze wurden auf das Forstamt Segeberg in Glashütte/ Wahlstedt verlagert.
Sebg	Schacken- dorf	BW	Bundeswehr	Umstrukturierung	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	7	
Sebg	Wahlstedt / Glashütte	L	Forstamt Segeberg	Zunahme der Zahl der Beschäf- tigten im Rahmen der Umorga- nisation der Forstämter des Landes	Kab.-Beschluss von 1995	01/01/1996	Nutzung von Synergie- effekten und Effizienz- steigerungen in der Landesforstverwaltung	11	Aufnahme von Beschäftigten der ehemaligen Forstämter NMS-Ost in Rickling und NMS in Groß Kummerfeld.

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebauten oder aufgebauten Arbeitsplätze	Bemerkungen
SL-FL	Dollerup / Langballig	BW	Bundeswehr	Schließung	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-16	
SL-FL	Glücksburg	L	Forstamt Flensburg	Verlagerung des Forstamtes im Rahmen der Umorganisation der Forstämter des Landes	Kab.-Beschluss von 1995	01/08/1997	Nutzung von Synergie- effekten und Effizienz- steigerungen in der Landesforstverwaltung	-7	Die Arbeitsplätze wurden auf das neu gegründete Forstamt Nordfriesland in Bredstedt verlagert.
SL-FL	Glücksburg	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-32	
SL-FL	Harrislee	L	Landesfeuerwehr- schule	Schließung der Außenstelle der Landesfeuerwehrschule in Rendsburg und Zusammenle- gung mit Landesfeuerwehr- schule in Harrislee	Entscheidung der Landesregierung	01/01/2000	Konzentration der Ausbildung an einem Standort	6	6 Beschäftigte der Außenstelle Rendsburg wurden nach Harris- lee versetzt.
SL-FL	Harrislee	BW	Bundeswehr	Schließung	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-46	
SL-FL	Husby	BW	Bundeswehr			umgesetzt		-6	
SL-FL	Idstedt	BW	Bundeswehr	Umstrukturierung		umgesetzt		7	
SL-FL	Jardelund	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen		umgesetzt		-13	
SL-FL	Jübek	BW	Bundeswehr			soweit umge- setzt, Schlie- ßung absehbar		-28	

Kreis / kreisfreie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbehörde (L) / Bundeswehr (BW) / Bundesbehörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehrstandort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebauten oder aufgebauten Arbeitsplätze	Bemerkungen
SL-FL	Kappeln / Olpenitz	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen		teilweise umgesetzt		-1216	Davon noch nicht umgesetzt: s. Tabelle geplante Maßnahmen
SL-FL	Kropp / Jagel	BW	Bundeswehr	Umstrukturierung	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstrukturreform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	178	
SL-FL	Lürschau	BW	Bundeswehr			umgesetzt		7	
SL-FL	Nieby / Gelting	BW	Bundeswehr			Auflösung des Standortes		umgesetzt	-150
SI-FI	Schleswig	L	SH Landesmuseum und Archäologisches Landesmuseum	Gründung der Stiftung SHLM	Landtagsbeschluss	01/02/1999	weitgehende Synergieeffekte	0	
SI-FI	Schleswig	L	Landesbauverwaltung / GMSH	Auflösung der Landesbauverwaltung und Umstrukturierung zur GMSH	Kabinettsbeschluss vom 27.06.94	seit Anfang 1995	Steigerung der Effizienz (insbesondere Minderung der Kosten)	-90	
SI-FI	Schleswig	L	JA Schleswig	Inbetriebnahme der Jugendanstalt Schleswig Umzug von Teilen des JA NMS nach Schleswig.	gesetzlicher Auftrag, Trennung von Jugendlichen und Erwachsenen	2000	Trennung von Jugendlichen und Erwachsenen	37	
SI-FI	Schleswig	L	Landesjugendheim	Schließung	Kab.-Beschluss vom 11.09.1990 zur Umsetzung der Neuregelungen Hilfen zur Erziehung im Sozialgesetzbuch (SGB) VIII Kinder- und Jugendhilfe vom 26.6.1990 (BGBl. I S. 1163) - vorher JWG -	30/06/1993	Ausführung der Vorgabe des SGB VIII - vorher: JWG- (Verlagerung der Einzelfallzuständigkeit vom Land auf die Kommunen).	-92	Für die Mitarbeiter des Landesjugendheimes Schleswig (92) und des Landesjugendheimes Selent (63) wurden Arbeitsplätze in anderen Justizbereichen (z.B. in Schleswig) geschaffen.

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
SL-FL	Schleswig	L	Versorgungsamt Schleswig Landesamt für soziale Dienste (LAsD), Außenstelle Schles- wig	Auflösung des Versorgungsamtes Schleswig und Errichtung des LAsD, Au- ßenstelle Schleswig	Landesverordnung über die Errichtung des LAsD vom 9.12.1997	01/01/1998	Umstrukturierung	-19	Versorgamt: -82 LAsD: +82 1.1.1998 bis 1.1.2000: -19
SL-FL	Schleswig	L	Gewerbeaufsichtsamt Staatliches Umwelt- amt Schleswig	Strukurreform - Organisatori- sche Veränderungen in den nachgeordneten Bereichen des MLR, MASGV und MUNF. Auflösung der Gewerbe- aufsichtsämter und Gründung von Staatlichen Umweltämtern	Behördenstruktur- anpassungsgesetz vom 12.12.97; LVO über die Errichtung von Staatlichen Um- weltämtern	01/01/1998	Fachlich zusammen- hängende Aufgaben bündeln und bislang getrennte Dienst- und Fachaufsicht zusam- menführen. Die Reform hat zu einer Konzentra- tion der Aufgabenwahr- nehmung und zu klaren Zuständigkeiten geführt.	42	GAA: -46 StUA: +88

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
SL-FL	Schleswig	L	Fachklinik Schleswig (AöR)	Auflösung des Landeskrankenhauses und Errichtung der Fachklinik Schleswig als öffentlich- rechtliche Fachklinik.	Fachklinikgesetz - FKIG vom 8.12.1995 (GVOBl. Sch.-H. S. 452)	01.01.96		-214	1995 waren im früheren Lan- deskrankenhaus 1.274 Mitar- beiter(innen). Bei der Fachklinik waren es 2000 noch 1.060. Grund für den anhaltenden Stellenabbau ist nicht die recht- liche Verselbständigung der Fachklinik, vielmehr ist die fortschreitende Dezentralisie- rung der Psychiatrie dafür ursächlich.
SL-FL	Schleswig	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen Reduzierung		umgesetzt		-990	
SL-FL	Silberstedt	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen	Entscheidungen der Bundesregierung	soweit umge- setzt, Schlie- ßung absehbar	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-43	
SL-FL	Süderbrarup	BW	Bundeswehr	Auflösung des Standortes	vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt		-237	
SL-FL	Tarp / Eggebek	BW	Bundeswehr	Umstrukturierung		umgesetzt		53	
SL-FL	Wallsbüll	BW	Bundeswehr			umgesetzt		2	
SL-FL	Weesby / Schafflund	BW	Bundeswehr			umgesetzt		7	

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebauten oder aufgebauten Arbeitsplätze	Bemerkungen
Stbg	Breitenburg	BW	Bundeswehr	Umstrukturierung	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	124	
Stbg	Glückstadt	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen		umgesetzt		-91	
Stbg	Hohenlock- stedt	BW	Bundeswehr	Umstrukturierung		umgesetzt		19	
Stbg	Itzehoe	L	Landesamt für Aus- länder- angelegenheiten	Gründung des Landesamtes	Ausländer- und Asyl- verordnung vom 17.03.1993	01/04/1993	Aufbau einer eigen- ständigen Organisation	30	
Stbg	Itzehoe	L	Landesamt für Aus- länderangelegenhei- ten	Verlegung des Dienstsitzes von Itzehoe nach Neumünster	Kabinettsbeschluss vom 21. / 22.05.1997	01/12/1998	Konzentration der Un- terbringung von Flücht- lingen an zwei Stand- orten	-30	
Stbg	Itzehoe	L	Landesbauverwaltung / GMSH	Auflösung der Landesbauverwaltung und Umstrukturierung zur GMSH	Kabinettsbeschluss vom 27.06.94	seit Anfang 1995	Steigerung der Effizienz (insbesondere Minde- rung der Kosten)	-36	
Stbg	Itzehoe	L	Amt für Land- und Wasserwirtschaft (ALW) Itzehoe Amt für ländliche Räume (ALR), Außenstelle Itzehoe	Strukurreform - Organisatori- sche Veränderungen in den nachgeordneten Bereichen des MLR, MASGV und MUNF. Selbständiges ALW wird Au- ßenstelle des ALR Lübeck	Behördenstruktur- anpassungsgesetz vom 12.12.97; LVO über die Errichtung von Ämtern für ländliche Räume vom 12.12.97	01/01/1998	Fachlich zusammen- hängende Aufgaben bündeln und bislang getrennte Dienst- und Fachaufsicht zusam- menführen. Die Reform hat zu einer Konzentra- tion der Aufgabenwahr- nehmung und zu klaren Zuständigkeiten geführt.	-113 ALW : - 173 ALR: +74 1.1.1998 bis 1.1.2000: -14	

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
Stbg	Itzehoe	L	Gewerbeaufsichtsamt Landesamt für Ge- sundheit und Arbeits- sicherheit (LGASH), Außenstelle Itzehoe	Strukurreform - Organisatori- sche Veränderungen in den nachgeordneten Bereichen des MLR, MASGV und MUNF. Schließung der Gewerbeauf- sichtsämter und Gründung von Staatlichen Umweltämtern sowie des Landesamtes für Gesundheit und Arbeitssicher- heit	Behördenstruktur- anpassungsgesetz vom 12.12.97; LVO über die Errichtung von Staatlichen Um- weltämtern	01/01/1998	Fachlich zusammen- hängende Aufgaben bündeln und bislang getrennte Dienst- und Fachaufsicht zusam- menführen. Die Reform hat zu einer Konzentra- tion der Aufgabenwahr- nehmung und zu klaren Zuständigkeiten geführt.	95	GAA: -72 LGASH : +21 1.1.1998 bis 1.1.2000: +1 StUA: +138 1.1.1998 bis 1.1.2000:+7
Stbg	Itzehoe	L	Polizeidirektion SH West und Kriminalpo- lizeidirektion SH West	Umorganisation beider Behör- den zu einer Polizeidirektion (Polizeidirektion Nord)	Änderungsgesetz zum POG vom 11.02.1994	01/04/1994	Organisatorische Integration von Schutz- polizei und Kriminal- polizei auf zwei Lei- tungsebenen	0	
Stbg	Itzehoe	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen Reduzierung	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-800	
Stbg	Itzehoe	B	Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flücht- linge (Außenstelle)	Schließung der Außenstelle	Entscheidung der Bundesregierung	01/10/1998	Konzentration der Antragsbearbeitung auf einen Standort	-40	
Stbg	Itzehoe	B	Bundesvermögens- amt Itzehoe	Auflösung	Entscheidung BMF	1996	Anpassung an verän- derte Rahmenbedin- gungen	-36	

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
Stbg	Kellinghusen	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-582	
Stbg	Wilster	L	Straßenmeisterei Wilster	Schließung Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Straßenunterhaltungs- dienstes in Schleswig-Holstein	Entscheidung des MWTV	1993 - 1995	Steigerung der Wirt- schaftlichkeit des Stra- ßenunterhaltungs- dienstes in Schleswig- Holstein	-20	Konkrete Angaben sind nicht mehr möglich; betroffen waren ca.20 Arbeitsplätze. Es hat keine Entlassungen / Kündi- gungen gegeben. Die Beschäf- tigten sind zu anderen Straßen- meistereien versetzt worden oder altersbedingt ausgeschie- den.

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
Storm	Ahrensburg	L	Amtsgericht Ahrens- burg	Zunahme der Zahl der Beschäftigten aufgrund der Aufhebung des Amtsgerichtes Trittau	Haushaltsbegleitgesetz vom 08.02.1994	01/01/1995	Entlastung des Landeshaushaltes	8	
Storm	Ahrensburg	B	Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen (ZAL) Institut für Zierpflan- zenzüchtung	Schließung	Rahmenkonzept für die Bundesforschungs- anstalten im Geschäfts- bereich des BMVEL vom 12.06.1996	teilweise umge- setzt; vollständige Umsetzung der Schließung bis 2005	Reduzierung der Zahl der Institute der BAZ von 13 auf 8, Haupt- standort zukünftig Quedlingburg	6	Bis 2005 sollen insgesamt 45 Beschäftigte abgebaut werden. 6 Beschäftigte sind davon bereits abgebaut.
Storm	Bad Oldesloe	BW	Bundeswehr	Umstrukturierung	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	umgesetzt	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	25	
Storm	Glinde	BW	Bundeswehr	Abzug von Dienststellen	Entscheidungen der Bundesregierung vom 5.08.91, 3.12.91, 30.03.93, 7.06.95	soweit umge- setzt, Schlie- ßung absehbar	Bundeswehrstruktur- reform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-18	
Storm	Reinfeld	L	Forstamt Reinfeld	Schließung des Forstamtes im Rahmen der Umorganisation der Forstämter des Landes	Kab.-Beschluss von 1998	01/01/1999	Nutzung von Synergie- effekten und Effizienz- steigerungen in der Landesforstverwaltung	-7	Die Arbeitsplätze wurden auf die Forstämter Eutin (3) und Trittau (1) sowie StUA Itzehoe bzw. Strommeisterei Hamberge (1) und Straßenbauamt Lübeck (1) verlagert. 1 Stelle eingespart.

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (BW) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde, Bundeswehr- standort	Beschreibung der Maßnahme	Anlass für Maßnahme	Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der Maßnahme	Zahl der abgebau- ten oder aufgebau- ten Ar- beitsplätze	Bemerkungen
Storm	Trittau	L	Amtsgericht Trittau	Aufhebung	Haushaltsbegleitgesetz vom 08.02.95	01/01/1995	Entlastung des Landeshaushaltes	-12	Beschäftigte sind zu anderen Amtsgerichten gewechselt: 8 Ahrensburg 3 Mölln 1 Schwarzenbek
Storm	Trittau	L	Forstamt Trittau	Zunahme der Zahl der Beschäftigten aufgrund der Schließung des Forstamtes Reinfeld	Kabinettsbeschluss von 1998	01/01/1999	Entlastung des Landeshaushaltes	1	Aufnahme von 1 Beschäftigten des ehemaligen Forstamtes Reinfeld
Storm	Trittau	L	Straßenmeisterei Trittau	Schließung	Entscheidung des MWTV	1993 - 1995	Steigerung der Wirt- schaftlichkeit des Stra- ßenunterhaltungs- dienstes in Schleswig- Holstein	-20	Konkrete Angaben sind nicht mehr möglich; betroffen waren ca.20 Arbeitsplätze. Es hat keine Entlassungen/ Kündi- gungen gegeben. Die Beschäf- tigten sind zu anderen Stra- ßenmeistereien versetzt worden oder altersbedingt ausgeschie- den.

Anlage 2

Geplante Maßnahmen

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (Bw) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bun- desbehörde, Landesbehörde Bundeswehr- standort	Beschreibung der geplanten Maßnahme	Anlass für geplante Maßnahme	Geplanter Zeit- punkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der ge- planten Maßnahme	geplante Zahl der abzubauen oder aufzubauen- enden Arbeits- plätze	Bemerkungen
Dithm	Heide	BW	Bundeswehr, Standortverwaltung	Abzug von Dienststellen	Stationierungskonzept Bund 2001	2002 bis 2004, Abschluss 2006	Verringerung und Neu- strukturierung der Bun- deswehr	-223	

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (Bw) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bun- desbehörde, Landesbehörde Bundeswehr- standort	Beschreibung der geplanten Maßnahme	Anlass für geplante Maßnahme	Geplanter Zeit- punkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der ge- planten Maßnahme	geplante Zahl der abzubau- enden oder aufzubau- enden Arbeits- plätze	Bemerkungen
Fl	Flensburg	L	Katasteramt Flensburg	Zusammenlegung der Kataster- ämter Flensburg und Schleswig mit Hauptstelle in Flensburg und Außenstelle in Schleswig	Beschluss der Landes- regierung vom 19.12.2000 (noch keine Terminie- rung und noch keine Rechtsverordnung)	noch offen	Weitere Reduzierung der Zahl der Kataster- ämter von 15 auf 13	30	genaue Zahl steht noch nicht fest; ca. 30
Fl	Flensburg	L	Landesbezirkskasse Flensburg	Zusammenlegung der Landes- bezirkskassen Flensburg, Itze- hoe, Kiel und Lübeck zu einer Kasse in Kiel; Verlagerung des Vollstreckungsaußendienstes zu den örtlichen Finanzämter	Absichtserklärung des Kabinetts vom 14. 11. 2000 (227/00) und Kabinettsbeschluss vom 5. Juni 2001	2003	Auflösung der wegen Aufgabenwegfalls ein- zelnen unwirtschaftli- chen Landesbezirks- kassen und Schaffung einer leistungsfähigen zentralen Kasse zur effizienten und kosten- günstigen Aufgabener- ledigung	-32	Im Jahr 2003 wird die Zahl der Stellen bereits auf 21 reduziert sein.
Fl	Flensburg	L	Finanzamt Flensburg		Absichtserklärung des Kabinetts vom 14. 11. 2000 (227/00)	2003		4	
Fl	Flensburg	BW	Bundeswehrfach- schule / Marinefernmelde- schule	Abzug von Dienststellen / Ver- legung nach Parow und Bre- merhaven	Stationierungskonzept Bund 2001 / Rühe-Planung	2002 bis 2004, Abschluss 2006	Verringerung und Neu- strukturierung der Bun- deswehr	-565	

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (Bw) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bun- desbehörde, Landesbehörde Bundeswehr- standort	Beschreibung der geplanten Maßnahme	Anlass für geplante Maßnahme	Geplanter Zeit- punkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der ge- planten Maßnahme	geplante Zahl der abzubauen oder aufzubauen enden Arbeits- plätze	Bemerkungen
Fl	Flensburg	B	Hauptzollamt Flensburg (Bund)	Auflösung, Umstrukturierung bei der Abfertigungsstelle	Grobkonzept zur Struk- turentwicklung der Bundesfinanzverwal- tung	schrittweiser Beginn 2001/2002	Anpassung an verän- derte Rahmenbedin- gungen	-30	

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (Bw) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bun- desbehörde, Landesbehörde Bundeswehr- standort	Beschreibung der geplanten Maßnahme	Anlass für geplante Maßnahme	Geplanter Zeit- punkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der ge- planten Maßnahme	geplante Zahl der abzubauen- enden oder aufzubauen- enden Arbeits- plätze	Bemerkungen
HL	Lübeck	L	JVA Lübeck	Baumaßnahmen in der JVA Lübeck	gesetzlicher Auftrag	2000 - 2005/6	Verbesserung der Vollzugssituation	30	
HL	Lübeck	L	Außenstelle Lübeck des Lebensmittel und Veterinärunter- suchungsamtes (LVUA)	Verlegung der Dienststelle nach Neumünster. Im Rahmen des sog. Landeslaborkonzeptes ist beabsichtigt, die Labore des LANU und des LVUA in Neu- münster in einem Erweiterungs- bau des dortigen Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungs- amtes zusammen zu legen und in einen Landesbetrieb nach § 26 LHO umzuwandeln.	Kab.-Beschluss vom 14.11.2000	Landesbetrieb ab 2002, Umzug nach Baufertig- stellung eines zweiten Bauab- schnittes, voraus- sichtlich 2011	Steigerung der Effizienz	-29	Die Arbeitsplätze werden verla- gert. In Neumünster ist bereits der Hauptsitz des LVUA mit rd. 105 Beschäftigten ansässig. Insgesamt ist durch die Zu- sammenlegung aller genannten Laborbereiche eine Reduzie- rung um 6 Arbeitsplätze ange- dacht.

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (Bw) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bun- desbehörde, Landesbehörde Bundeswehr- standort	Beschreibung der geplanten Maßnahme	Anlass für geplante Maßnahme	Geplanter Zeit- punkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der ge- planten Maßnahme	geplante Zahl der abzubauen- enden oder aufzubauen- enden Arbeits- plätze	Bemerkungen
HL	Lübeck	L	Landesbezirkkasse Lübeck	Zusammenlegung der Landes- bezirksskassen Flensburg, Itze- hoe, Kiel und Lübeck zu einer Kasse in Kiel; Verlagerung des	Absichtserklärung des Kabinetts vom 14. 11. 2000 (227/00) und Kabinetts- beschluss vom 5. Juni 2001	2003	Auflösung der wegen Aufgabenwegfalls ein- zelnen unwirtschaftli- chen Landesbezirks- kassen und Schaffung einer leistungsfähigen zentralen Kasse zur effizienten und kosten- günstigen Aufgabener- ledigung	-50	Im Jahr 2003 wird die Zahl der Stellen bereits auf 40,5 redu- ziert sein.
HL	Lübeck	L	Finanzamt Lübeck	Vollstreckungsaußendienstes zu den örtlichen Finanzämter	Absichtserklärung des Kabinetts vom 14. 11. 2000 (227/00)	2003		4	
HL	Lübeck	L	Heimtauskunft- stellen	Auflösung	bundesrechtliche VO für Juli 2001 geplant	voraussichtlich September 2001	Anpassung an den Bedarf	-2	Insgesamt 6 Beschäftigte. 4 Bedienstete sind bereits zu anderen Dienststellen in Lübeck versetzt worden. 2 Bedienstete scheiden altersbedingt aus. Stellen fallen danach weg.

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (Bw) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bun- desbehörde, Landesbehörde Bundeswehr- standort	Beschreibung der geplanten Maßnahme	Anlass für geplante Maßnahme	Geplanter Zeit- punkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der ge- planten Maßnahme	geplante Zahl der abzubauen- enden oder aufzubauen- enden Arbeits- plätze	Bemerkungen
HL	Lübeck	L	Auskunftstellen	Verlegung nach Kiel	organisatorische Gründe	Dezember 01	Integrieren in das Lan- desausgleichsamt	-1	1 Bediensteter wird im LAA in Kiel integriert
HL	Lübeck	B	Hauptzollamt Lü- beck (Bund) Zollfahndungs- zweigstelle Lübeck, Zollbildungsstelle Lübeck (Bund)	Auflösung; Umstrukturierung bei der Abfer- tigungsstelle Auflösung	Grobkonzept zur Struk- turentwicklung der Bundesfinanzverwal- tung	schrittweiser Beginn 2001/2002	Anpassung an verän- derte Rahmenbedin- gungen	-90	

Kreis / kreisfreie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbehörde (L) / Bundeswehr (Bw) / Bundesbehörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde Bundeswehrstandort	Beschreibung der geplanten Maßnahme	Anlass für geplante Maßnahme	Geplanter Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der geplanten Maßnahme	geplante Zahl der abzubauenen oder aufzubauenen Arbeitsplätze	Bemerkungen
Kiel	Kiel	L	Außenstelle Kiel des Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungsamtes	Verlegung der Dienststelle nach Neumünster. Im Rahmen des sog. Landeslaborkonzeptes ist beabsichtigt, die Labore des LANU und des LVUA in Neumünster in einem Erweiterungsbau des dortigen Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungsamtes zusammen zu legen und in einen Landesbetrieb nach § 26 LHO umzuwandeln.				-29	Die Arbeitsplätze werden verlagert. In Neumünster ist bereits der Hauptsitz des LVUA mit rd. 105 Beschäftigten ansässig. Insgesamt ist durch die Zusammenlegung aller genannten Laborbereiche eine Reduzierung um 6 Arbeitsplätze ange-dacht.
Kiel	Kiel	L	Labore des Landesamtes für Natur und Umwelt	Verlegung der Labore nach Neumünster. Im Rahmen des sog. Landeslaborkonzeptes ist beabsichtigt, die Labore des LANU und des LVUA in Neumünster in einem Erweiterungsbau des dortigen Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungsamtes zusammen zu legen und in einen Landesbetrieb nach § 26 LHO umzuwandeln.	Kabinettsbeschluss vom 14.11.2000	Landesbetrieb ab 2002, Umzug nach Baufertigung, voraussichtlich 2004	Steigerung der Effizienz	-33	

Kreis / kreisfreie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbehörde (L) / Bundeswehr (Bw) / Bundesbehörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde Bundeswehrstandort	Beschreibung der geplanten Maßnahme	Anlass für geplante Maßnahme	Geplanter Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der geplanten Maßnahme	geplante Zahl der abzubauenen oder aufzubauenen Arbeitsplätze	Bemerkungen
Kiel	Kiel	L	MASGV / LGA-Labore	Verlagerung von Verwaltungs- und Laborpersonal vom LANU (Flintbek und Kiel) an das MASGV/ LGA-Labor im Rahmen des Laborkonzeptes	Kabinettsbeschluss vom 14.11.2000	2002		4	
Kiel	Kiel	L	Landesbezirkskasse Kiel	Zusammenlegung der Landesbezirkskassen Flensburg, Itzehoe, Kiel und Lübeck zu einer Kasse in Kiel; Verlagerung des Vollstreckungsaußendienstes zu den örtlichen Finanzämtern	Absichtserklärung des Kabinetts vom 14. 11. 2000 (227/00) und Kabinettsbeschluss vom 5. Juni 2001	2003	Auflösung der wegen Aufgabenwegfalls einzelnen unwirtschaftlichen Landesbezirkskassen und Schaffung einer leistungsfähigen zentralen Kasse zur effizienten und kostengünstigen Aufgabenerledigung	25	
Kiel	Kiel	L	Finanzamt Kiel-Süd		Absichtserklärung des Kabinetts vom 14. 11. 2000 (227/00)	2003		3	
Kiel	Kiel	L	Finanzamt Kiel-Nord		Absichtserklärung des Kabinetts vom 14. 11. 2000 (227/00)	2003		2	

Kreis / kreisfreie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbehörde (L) / Bundeswehr (Bw) / Bundesbehörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde Bundeswehrstandort	Beschreibung der geplanten Maßnahme	Anlass für geplante Maßnahme	Geplanter Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der geplanten Maßnahme	geplante Zahl der abzubauenen oder aufzubauenen Arbeitsplätze	Bemerkungen
Kiel	Kiel	L	Museumsamt Schleswig MBWFK	Übertragung der Aufgaben des Museumsamtes Schleswig auf das MBWFK.	Kabinettsbeschluss vom 24.04.01	01.01.02		2,5	
Kiel	Kiel	BW	Bundeswehr (WBV I, Heer, Marine)	Abbau von Dienststellen	Stationierungskonzept Bund 2001	nicht bekannt, spätestens 2006	Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-2.003	
Kiel	Kiel	B	Hauptzollamt Kiel, Zollfahndungsamt u.a. (Bund) Bundeskasse Kiel (Bund)	diverse Umstrukturierungen, auch Aufgabenübernahme für die aufgelösten HZÄ Flensburg u. Lübeck schrittweise länderübergreifende Konzentration der Bundeskassen- u. Bundeswehrekassenaufgaben für die Länder S-H, HH, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin u. Brand	Grobkonzept zur Strukturentwicklung der Bundesfinanzverwaltung	schrittweiser Beginn 2001/2002 Zeitschiene bis 2008	Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen	300	
Kiel	Kiel	B	Bundesanstalt für Milchforschung	Umstrukturierung und Straffung der Forschungseinrichtungen	Rahmenkonzept für die Bundesforschungsanstalten im Geschäftsbereich des BMVEL vom 12.06.1996	bis 2005	Straffung der Forschungseinrichtung und Reduzierung von Personal	-56	Reduzierung der Planstellen von 200 (1996) auf 144 (Ziel 2005). Streckung des Stellenabbaus bis zum Jahr 2008 noch nicht entschieden.

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (Bw) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bun- desbehörde, Landesbehörde Bundeswehr- standort	Beschreibung der geplanten Maßnahme	Anlass für geplante Maßnahme	Geplanter Zeit- punkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der ge- planten Maßnahme	geplante Zahl der abzuba- enden oder aufzuba- enden Arbeits- plätze	Bemerkungen
NMS	Neumün- ster	L	JAA Moltsfelde JAA Rendsburg	Neubau der Jugendarrest- anstalt (vormals Rendsburg)	Kabinettsbeschluss 261/1998	2002	Zeitgemäße Unterbrin- gung von Arrestanten	15	
NMS	Neumün- ster	L	Landeslabor Neu- münster LANU - Labore Kiel	Verlegung der Labore nach Neumünster. Im Rahmen des sog. Landeslaborkonzeptes ist beabsichtigt, die Labore des LANU und des LVUA in Neu- münster in einem Erweiterungs- bau des dortigen Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungs- amtes zusammen zu legen und in einen Landesbetrieb nach § 26 LHO umzuwandeln.				33	Die Arbeitsplätze werden verla- gert. In Neumünster ist bereits der Hauptsitz des LVUA mit rd. 105 Beschäftigten ansässig. Insgesamt ist durch die Zu- sammenlegung aller genannten Laborbereiche eine Reduzie- rung um 6 Arbeitsplätze ange- dacht.
NMS	Neumün- ster	L	LVUA Neumünster LVUA , Außenstel- len Lübeck und Kiel	Verlegung der Dienststelle nach Neumünster. Im Rahmen des sog. Landeslaborkonzeptes ist beabsichtigt, die Labore des LANU und des LVUA in Neu- münster in einem Erweiterungs- bau des dortigen Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungs- amtes zusammen zu legen und in einen Landesbetrieb nach § 26 LHO umzuwandeln.	Kabinettsbeschluss vom 14.11.2000	Landesbetrieb ab 2002, Umzug nach Baufertig- stellung, voraus- sichtlich 2004	58		

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (Bw) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bun- desbehörde, Landesbehörde Bundeswehr- standort	Beschreibung der geplanten Maßnahme	Anlass für geplante Maßnahme	Geplanter Zeit- punkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der ge- planten Maßnahme	geplante Zahl der abzubauen- enden oder aufzubauen- enden Arbeits- plätze	Bemerkungen
NMS	Neumün- ster	BW	Bundeswehr, (Heer, StOV)	Abbau von Dienststellen	Stationierungskonzept Bund 2001	2002 bis 2004, Abschluss 2006	Verringerung und Neu- strukturierung der Bun- deswehr	-916	
NMS	Neumün- ster	B	Zollamt Neumünster (Bund)	Auflösung	Grobkonzept zur Struk- turentwicklung der Bundesfinanzverwal- tung	noch offen	Anpassung an verän- derte Rahmenbedin- gungen	-6	

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (Bw) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bun- desbehörde, Landesbehörde Bundeswehr- standort	Beschreibung der geplanten Maßnahme	Anlass für geplante Maßnahme	Geplanter Zeit- punkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der ge- planten Maßnahme	geplante Zahl der abzubauen- enden oder aufzubauen- enden Arbeits- plätze	Bemerkungen
Nordf	Husum	BW	Bundeswehrdienst- stellen	Standorterweiterung geplant	Stationierungskonzept Bund 2001	noch offen	Verringerung und Neu- strukturierung der Bun- deswehr		Es liegen noch keine Angaben zur Entwicklung der Zahl der Dienstposten vor.
Nordf	Leck	BW	Bundeswehr, Standortverwaltung	Auflösung des Standortes		2002 bis 2004, Abschluss 2006		-184	
Nordf	List	BW	Bundeswehr, (Marine Marineversorgungs- schule)			vorgesehen ist 2007		-681	
Nordf	Sylt-Ost	BW	Bundeswehr, (Sanitätswesen, Marinetechnik- schule)	Schließung / Verlegung der Marinetechnikschule nach Parow		2002 bis 2004, Abschluss 2006		-267	
Nordf	Westerland	BW	Bundeswehr, Standortverwaltung	Auflösung des Standortes		2002 bis 2004, Abschluss 2006		-136	

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (Bw) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bun- desbehörde, Landesbehörde Bundeswehr- standort	Beschreibung der geplanten Maßnahme	Anlass für geplante Maßnahme	Geplanter Zeit- punkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der ge- planten Maßnahme	geplante Zahl der abzubauen oder aufzubauen- enden Arbeits- plätze	Bemerkungen
OH	Eutin	BW	Bundeswehrdienst- stellen	Standorterweiterung geplant					Es liegen noch keine Angaben zur Entwicklung der Zahl der Dienstposten vor.
OH	Großen- brode	BW	Bundeswehr (Luft- waffe)	Auflösung des Standortes	Stationierungskonzept Bund 2001	2002 bis 2004, Abschluss 2006	Verringerung und Neu- strukturierung der Bun- deswehr	-251	
OH	Neustadt in Holstein	BW	Bundeswehr, Standortverwaltung	Abbau von Dienststellen				-238	

Kreis / kreisfreie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbehörde (L) / Bundeswehr (Bw) / Bundesbehörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde Bundeswehrstandort	Beschreibung der geplanten Maßnahme	Anlass für geplante Maßnahme	Geplanter Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der geplanten Maßnahme	geplante Zahl der abzubauenen oder aufzubauenen Arbeitsplätze	Bemerkungen
Pibg	Elmshorn	L	Katasteramt NN (für Kreise Pinneberg und Steinburg)	Errichtung des Katasteramtes NN (für Kreise Pinneberg und Steinburg)	Beschluss der Landesregierung vom 19.12.2000 (noch keine Terminierung und noch keine Rechtsverordnung)	noch offen	Weitere Reduzierung der Zahl der Katasterämter von 15 auf 13	72	
Pibg	Elmshorn	L	Finanzamt Elmshorn	Finanzamtsteilung (FA Pinneberg)	Kabinettsentscheidung 1981	voraussichtlich 15.9.2001	Schaffung zukunftsfähiger FA-Strukturen	-150	
Pibg	Pinneberg	L	Katasteramt Pinneberg	Auflösung	Beschluss der Landesregierung vom 19.12.2000 (noch keine Terminierung und noch keine Rechtsverordnung)	noch offen	Weitere Reduzierung der Zahl der Katasterämter von 15 auf 13	-35	
Pibg	Pinneberg	L	Finanzamt Pinneberg	Neueinrichtung eines selbstständigen Finanzamts in Pinneberg bei Auflösung der bisherigen FA-Außenstelle	Kabinettsentscheidung 1981	voraussichtlich 15.9.2001	Schaffung zukunftsfähiger FA-Strukturen	160	
Pibg	Pinneberg	BW	Bundeswehr, Standortverwaltung,	Auflösung des Standortes	Stationierungskonzept Bund 2001	2002 bis 2004, Abschluss 2006	Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-259	
Pibg	Pinneberg	B	Zollamt	Verlagerung an den Standort Norderstedt					noch keine Entscheidung hierüber gefallen

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (Bw) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bun- desbehörde, Landesbehörde Bundeswehr- standort	Beschreibung der geplanten Maßnahme	Anlass für geplante Maßnahme	Geplanter Zeit- punkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der ge- planten Maßnahme	geplante Zahl der abzubauen oder aufzubauen enden Arbeits- plätze	Bemerkungen
Plön	Plön	BW	Bundeswehrdienst- stellen	Standorterweiterung geplant	Stationierungskonzept Bund 2001				Es liegen noch keine Angaben zur Entwicklung der Zahl der Dienstposten vor.

Kreis / kreisfreie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbehörde (L) / Bundeswehr (Bw) / Bundesbehörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde Bundeswehrstandort	Beschreibung der geplanten Maßnahme	Anlass für geplante Maßnahme	Geplanter Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der geplanten Maßnahme	geplante Zahl der abzubauenen oder aufzubauenen Arbeitsplätze	Bemerkungen
Rd-Eck	Eckernförde	BW	Bundeswehr, (Luftwaffe, StOV, Marine)	Abbau von Dienststellen / Verlegung nach Parow und Bremerhaven	Stationierungskonzept Bund 2001 / Rüge-Planung	2002 bis 2004, Abschluss 2006	Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-1.344	
Rd-Eck	Eckernförde	B	Zollamt Eckernförde (Bund)	Auflösung	Grobkonzept zur Strukturentwicklung der Bundesfinanzverwaltung	noch offen	Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen	-3	
Rd-Eck	Flintbek	L	Landesamt für Natur und Umwelt	Verlagerung von Personal an das MASGV. Im Rahmen des Landeslaborkonzeptes wird das MASGV ein eigenes Labor in Kiel errichten. Dazu werden Arbeitsplätze vom LANU in Flintbek nach Kiel verlagert.	Kabinettsbeschluss vom 14.11.2000	2002	Steigerung der Effizienz	-4	
Rd-Eck	Klein Wittensee	BW	Bundeswehr	Schließung	Stationierungskonzept Bund 2001	2002 bis 2004, Abschluss 2006	Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-10	
Rd-Eck	Rendsburg	BW	Bundeswehr (Heer)	Abbau von Dienststellen				-642	
Rd-Eck	Rendsburg	L	JAA Rendsburg	Umbau der Jugendarrestanstalt in eine Abschiebungshafteinrichtung	Kabinettsbeschluss 261/1998	2002	Unterbringung von Abschiebungsgefangenen	15	JAA 15 abgebaut (Wechsel nach Neumünster) und Abschiebehafteinrichtung 30 aufgebaut

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (Bw) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bun- desbehörde, Landesbehörde Bundeswehr- standort	Beschreibung der geplanten Maßnahme	Anlass für geplante Maßnahme	Geplanter Zeit- punkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der ge- planten Maßnahme	geplante Zahl der abzubauen- enden oder aufzubauen- enden Arbeits- plätze	Bemerkungen
SI-FI	Jübek	BW	Bundeswehr	Schließung	Rühe-Planung 1995	2002 bis 2004, Abschluss 2006	Verringerung und Neu- strukturierung der Bun- deswehr	-11	
SI-FI	Kappeln	BW	Bundeswehr (Marinestützpunkt Olpenitz, Marine- waffenschule)	Abbau von Dienststellen / Auflösung		nicht bekannt, spätestens 2006		-630	
SI-FI	Schleswig	L	Katasteramt Schleswig	Zusammenlegung der Kataster- ämter Flensburg und Schleswig mit Hauptstelle in Flensburg und Außenstelle in Schleswig	Beschluss der Landes- regierung vom 19.12.2000 (noch keine Terminie- rung und noch keine Rechtsverordnung)	noch offen	Weitere Reduzierung der Zahl der Kataster- ämter von 15 auf 13	-30	genaue Zahl steht noch nicht fest; ca. -30
SI-FI	Schleswig	BW	Bundeswehr (Heer, StOV)	Abbau von Dienststellen	Stationierungskonzept Bund 2001	2002 bis 2004, Abschluss 2006	Verringerung und Neu- strukturierung der Bun- deswehr	-1.139	
SI-FI	Schleswig/ Busdorf	L	Museumsamt	Auflösung des Museumsamtes Schleswig und Übertragung der Aufgaben auf das MBWFK	Kabinettsbeschluss vom 24.04.01	01.01.02	Betreuung der nicht- staatlichen Museen in gleicher Qualität, aber unter Reduzierung des Verwaltungsaufwandes	-5	Von den bisher 5 Stellen des Museumsamtes werden 1,5 eingespart, 2,5 Stellen zum MBWFK in Kiel verlagert und 1 Beschäftigter wechselt zum Freilichtmuseum Molfsee.

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (Bw) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bun- desbehörde, Landesbehörde Bundeswehr- standort	Beschreibung der geplanten Maßnahme	Anlass für geplante Maßnahme	Geplanter Zeit- punkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der ge- planten Maßnahme	geplante Zahl der abzubauen- enden oder aufzubauen- enden Arbeits- plätze	Bemerkungen
SI-FI	Silberstedt	BW	Bundeswehr	Schließung	Rühe-Planung 1995	2002 bis 2004, Abschluss 2006	Verringerung und Neu- strukturierung der Bun- deswehr	-95	
SI-FI	Tarp	BW	Bundeswehr, Standortverwaltung	Abbau von Dienststellen	Stationierungskonzept Bund 2001			-174	
Sebg	Norder- stedt	B	Zollamt	Verlegung des Zollamtes Pin- neberg und von Teilen des Zollamtes Altona					noch keine Entscheidung hierzu getroffen

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (Bw) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bun- desbehörde, Landesbehörde Bundeswehr- standort	Beschreibung der geplanten Maßnahme	Anlass für geplante Maßnahme	Geplanter Zeit- punkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der ge- planten Maßnahme	geplante Zahl der abzubauen- enden oder aufzubauen- enden Arbeits- plätze	Bemerkungen
Stbg	Glückstadt	BW	Bundeswehr (Marine)	Auflösung des Standortes				-499	
Stbg	Hohenlock- stedt	BW	Bundeswehr (Heer)	Auflösung des Standortes	Stationierungskonzept Bund 2001	2002 bis 2004, Abschluss 2006	Verringerung und Neu- strukturierung der Bun- deswehr	-929	
Stbg	Itzehoe	L	Katasteramt Itzehoe	Auflösung	Beschluss der Landes- regierung vom 19.12.2000 (noch keine Terminie- rung und noch keine Rechtsverordnung)	noch offen	Weitere Reduzierung der Zahl der Kataster- ämter von 15 auf 13	-37	
Stbg	Itzehoe	L	Landesbezirkskasse Itzehoe	Zusammenlegung der Landes- bezirkskassen Flensburg, Itze- hoe, Kiel und Lübeck zu einer Kasse in Kiel; Verlagerung des Vollstreckungsaußendienstes zu den örtlichen Finanzämter	Absichtserklärung des Kabinetts vom 14. 11. 2000 (227/00) und Kabinettsbeschluss vom 5. Juni 2001	2003	Auflösung der wegen Aufgabenwegfalls ein- zelnen unwirtschaftli- chen Landesbezirks- kassen und Schaffung einer leistungsfähigen zentralen Kasse zur effizienten und kosten- günstigen Aufgabener- ledigung	-36	Im Jahr 2003 wird die Zahl der Stellen bereits auf 20 reduziert sein.

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (Bw) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bun- desbehörde, Landesbehörde Bundeswehr- standort	Beschreibung der geplanten Maßnahme	Anlass für geplante Maßnahme	Geplanter Zeit- punkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der ge- planten Maßnahme	geplante Zahl der abzubauen- enden oder aufzubauen- enden Arbeits- plätze	Bemerkungen
Stbg	Itzehoe	L	Finanzamt Itzehoe		Absichtserklärung des Kabinetts vom 14. 11. 2000 (227/00)	2003		3,5	
Stbg	Itzehoe	BW	Bundeswehr, Kreiswehrrersatzamt	Abbau von Dienststellen	Stationierungskonzept Bund 2001	2002 bis 2004, Abschluss 2006	Verringerung und Neu- strukturierung der Bun- deswehr	-40	
Stbg	Itzehoe	B	Hauptzollamt Itze- hoe (Bund)	Aufgabenübernahme für die aufgelösten HZÄ Flensburg und Lübeck	Grobkonzept zur Struk- turentwicklung der Bundesfinanzverwal- tung	schrittweiser Beginn 2001/2002	Anpassung an verän- derte Rahmenbedin- gungen	60	

Kreis / kreisfreie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbehörde (L) / Bundeswehr (Bw) / Bundesbehörde (B)	betroffene Bundesbehörde, Landesbehörde Bundeswehrstandort	Beschreibung der geplanten Maßnahme	Anlass für geplante Maßnahme	Geplanter Zeitpunkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der geplanten Maßnahme	geplante Zahl der abzubauenen oder aufzubauenen Arbeitsplätze	Bemerkungen
Storm	Ahrensburg	B	Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen (BAZ) Institut für Zierpflanzenzüchtung	Schließung	Rahmenkonzept für die Bundesforschungsanstalten im Geschäftsbereich des BMVEL v. 12.06.1996	Umsetzung der Schließung bis 2005	Reduzierung der Zahl der Institute der BAZ von 13 auf 8, Hauptstandort zukünftig Quedlingburg	-39	insgesamt 46 Planstellen bis 2005 davon noch 39
Storm	Bad Oldesloe	B	Zollamt Bad Oldesloe (Bund)	Auflösung	Grobkonzept zur Strukturentwicklung der Bundesfinanzverwaltung	noch offen	Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen	-5	
Storm	Glinde	BW	Bundeswehr	Auflösung des Standortes	Umsetzung früherer Entscheidungen	2002 bis 2004, Abschluss 2006	Bundeswehrstrukturreform / Verringerung und Neustrukturierung der Bundeswehr	-85	Schl.-H. hat ein Bundeskonversionsprogramm gefordert; Förderung des Landes im Rahmen vorhandener Programme
Storm	Westerau	B	Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) Institut für ökologischen Landbau	Auflösung des Instituts für Tierzucht und Tierverhalten der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL), Neugründung des Instituts für ökologischen Landbau am ehemaligen Versuchsstandort Trenthorst/Wulmenau	Entscheidung der Bundesregierung in 1999 zur Neugründung eines Instituts für ökologischen Landbau, Beschluss v. 1996 zur Schließung des gesamten Versuchsstandortes modifiziert (s. Rahmenkonzept)	Neugründung des Institutes am 1.12.2000, Aufbau- und Umbauphase bis 2003	Maßnahme zur Förderung des ökologischen Landbaus	-25	Im Rahmenkonzept von 1996 war zunächst die Schließung vorgesehen, aufgrund der Politikänderung wurde 1999 die Neugründung eines ökologischen Institutes am Standort Trenthorst beschlossen vorher 60 Planstellen (1996), zukünftig 35 Stellen vorgesehen

Kreis / kreis- freie Stadt	Gemeinde / Standort	Landesbe- hörde (L) / Bundes- wehr (Bw) / Bundesbe- hörde (B)	betroffene Bun- desbehörde, Landesbehörde Bundeswehr- standort	Beschreibung der geplanten Maßnahme	Anlass für geplante Maßnahme	Geplanter Zeit- punkt / Zeitraum der Umsetzung	Zielsetzung der ge- planten Maßnahme	geplante Zahl der abzubauen oder aufzubauen Arbeits- plätze	Bemerkungen
		L	Straßenbauämter / Straßenmeistereien	Gegenwärtig Organisations- untersuchung der Straßenbau- verwaltung. Dabei Überprüfung der Notwendigkeit von 5 Stra- ßenbauämtern und der Anzahl der Straßenmeistereien. Ggf. Umstrukturierung, dabei beab- sichtigt, die Kommunen in die Entscheidungsfindung einzube- ziehen.	Der Straßenneubau, der Straßenum- und -ausbau sowie die Straßenunterhaltung haben sich in Schles- wig-Holstein regional sehr unterschiedlich entwickelt. Neue Her- ausforderungen im Neubaubereich, wie der Bau der A 20, sind zu bewältigen. Zudem steht die Straßenbau- verwaltung in einem zunehmendem Wettbe- werb mit Dritten.	Kabinettsbe- schluss voraus- sichtlich am 16.7.2001	Anpassung der Orga- nisation der Straßen- bauverwaltung an die geänderten Rahmen- bedingungen, um die Aufgabenerledigung möglichst effizient zu erledigen und eine wirtschaftliche Unter- haltung der Straßen in Schleswig-Holstein dauerhaft zu gewähr- leisten.		

Anlage 3

Addition der Maßnahmen in Anlagen 1 und 2

kreisfreie Stadt, Kreis, Planungsraum	Maßnahmen im Zeitraum 1990 bis 2000 (Anlage 1)				geplante Maßnahmen (Anlage 2)			
	Bund	Bundeswehr	Land	insgesamt	Bund	Bundeswehr	Land	insgesamt
Herzogtum Lauenburg	-908	-3.647	2	-4.553	0	0	0	0
Pinneberg	0	-351	3	-348	0	-259	47	-212
Segeberg	-125	-451	-6	-582	0	0	0	0
Stormarn	6	7	-30	-17	-69	-85	0	-154
Planungsraum I	-1.027	-4.442	-31	-5.500	-69	-344	47	-366
Lübeck	-263	-1.900	-60	-2.223	-90	0	-48	-138
Ostholstein	-169	-1.595	-346	-2.110	0	-489	0	-489
Planungsraum II	-432	-3.495	-406	-4.333	-90	-489	-48	-627
Kiel	-122	-4.750	-281	-5.153	244	-2.003	-25,5	-1.784,5
Neumünster	0	-1.370	51	-1.319	-6	-916	106	-816
Plön	0	-1.149	-63	-1.212	0	0	0	0
Rendsburg-Eckernförde	-31	-251	235	-47	-3	-1.996	11	-1.988
Planungsraum III	-153	-7.520	-58	-7.731	235	-4.915	91,5	-4.588,5
Dithmarschen	0	-202	-182	-384	0	-223	0	-223
Steinburg	-76	-1.330	-74	-1.480	60	-1.468	-69,5	-1.477,5
Planungsraum IV	-76	-1.532	-256	-1.864	60	-1.691	-69,5	-1.700,5
Flensburg	-149	-5.200	-4	-5.353	-30	-565	2	-593
Nordfriesland	48	-3.128	17	-3.063	0	-1.268	0	-1.268
Schleswig-Flensburg	0	-2.523	-337	-2.860	0	-2.049	-35	-2.084
Planungsraum V	-101	-10.851	-324	-11.276	-30	-3.882	-33	-3.945
Schleswig-Holstein	-1.789	-27.840	-1.075	-30.704	106	-11.321	-12	-11.227

Anlage 4

Beschäftigungsdienststellen des Landes

Stand 1. 1. 2001

Planungsraum	Ort	Dienststelle	Beschäftigtenzahl
I	Geesthacht	Amtsgericht Geesthacht	23
I	Lauenburg	Straßenmeisterei Lauenburg	22
I	Mölln	Amtsgericht Mölln	26
I	Ratzeburg	Amtsgericht Ratzeburg	24
I	Ratzeburg	Katasteramt Ratzeburg	34
I	Ratzeburg	Finanzamt Ratzeburg	222
I	Ratzeburg	Straßenmeisterei Ratzeburg	16
I	Schwarzenbek	Amtsgericht Schwarzenbek	50
I	Kreis Herzogtum Lauenburg		417
I	Bullenkühen	Forstamt Rantzau	43
I	Elmshorn	Amtsgericht Elmshorn	78
I	Elmshorn	Autobahnmeisterei Elmshorn	23
I	Elmshorn	Straßenmeisterei Elmshorn	24
I	Elmshorn	Finanzamt Elmshorn	429
I	Elmshorn	Eichamt Elmshorn	12
I	Elmshorn	Arbeitsgericht Elmshorn	16
I	Pinneberg	Amtsgericht Pinneberg	110
I	Pinneberg	Katasteramt Pinneberg	35
I	Pinneberg	Finanzamt Elmshorn, Außenstelle Pinneberg	32
I	Quickborn	Autobahnmeisterei Quickborn	24
I	Quickborn	Straßenmeisterei Quickborn	19
I	Rellingen	ALR Lübeck, Außenstelle Rellingen	17
I	Kreis Pinneberg		862

Planungsraum	Ort	Dienststelle	Beschäftigtenzahl
I	Bad Bramstedt	Straßenmeisterei Bad Bramstedt	17
I	Bad Segeberg	Amtsgericht Bad Segeberg	70
I	Bad Segeberg	Katasteramt Bad Segeberg	50
I	Bad Segeberg	Finanzamt Bad Segeberg	308
I	Bad Segeberg	Straßenmeisterei Bad Segeberg	20
I	Glashütte	Forstamt Segeberg	70
I	Norderstedt	Amtsgericht Norderstedt	92
I	Norderstedt	Finanzamt Bad Segeberg, Außenstell Norderstedt	28
I	Kreis Segeberg		655
I	Ahrensburg	Amtsgericht Ahrensburg	72
I	Bad Oldesloe	Amtsgericht Bad Oldesloe	38
I	Bad Oldesloe	Katasteramt Bad Oldesloe	36
I	Bad Oldesloe	Finanzamt Stormarn	341
I	Bad Oldesloe	Autobahnmeisterei Bad Oldesloe	26
I	Bargteheide	Straßenmeisterei Bargteheide	22
I	Grande	Autobahnmeisterei Grande	36
I	Reinbek	Amtsgericht Reinbek	43
I	Trittau	Forstamt Trittau	44
I	Kreis Stormarn		658
II	Lübeck	Medizinische Universität zu Lübeck	369
II	Lübeck	Universitätsklinikum Lübeck	3.962
II	Lübeck	Fachhochschule Lübeck	256
II	Lübeck	Musikhochschule Lübeck	60
II	Lübeck	Landgericht Lübeck	163
II	Lübeck	Amtsgericht Lübeck	186
II	Lübeck	Sozialgericht Lübeck	30
II	Lübeck	Staatsanwaltschaft Lübeck	182
II	Lübeck	Justizvollzugsanstalt Lübeck	280

Planungsraum	Ort	Dienststelle	Beschäftigtenzahl
II	Lübeck	Katasteramt Lübeck	43
II	Lübeck	Finanzamt Lübeck	383
II	Lübeck	Landesbezirskasse Lübeck	50
II	Lübeck	Straßenbauamt Lübeck	200
II	Lübeck	Straßenmeisterei Lübeck - Moisling	21
II	Lübeck	Eichamt Lübeck	12
II	Lübeck	Landesamt für Ausländerangelegenheiten	8
II	Lübeck	Heimatauskunftstellen	5
II	Lübeck	StUA Itzehoe, Außenstelle Lübeck	19
II	Lübeck	LVUA Neumünster, Außenstelle Lübeck	29
II	Lübeck	ALR Lübeck ohne Außenstelle Itzehoe	91
II	Lübeck	LAsD, Außenstelle Lübeck	120
II	Lübeck	LGA, Außenstelle Lübeck	34
II	Lübeck	Arbeitsgericht Lübeck	20
II	kreisfreie Stadt Lübeck		6.523
II	Bad Schwartau	Amtsgericht Bad Schwartau	40
II	Bad Schwartau	Straßenmeisterei Bad Schwartau	19
II	Eutin	Amtsgericht Eutin	49
II	Eutin	Forstamt Eutin	48
II	Eutin	Finanzamt Eutin	144
II	Eutin	Katasteramt Ostholstein, Außenstelle Eutin	7
II	Heiligenhafen	ALR, Außenstelle Heiligenhafen	4
II	Malente-Krummsee	Landesfinanzschule Schleswig-Holstein	12

Planungsraum	Ort	Dienststelle	Beschäftigtenzahl
II	Neustadt	Straßenmeisterei Neustadt	20
II	Oldenburg i. Holst.	Amtsgericht Oldenburg	69
II	Oldenburg i. Holst.	Katasteramt Ostholstein	43
II	Oldenburg i. Holst.	Finanzamt Oldenburg	113
II	Oldenburg i. Holst.	Straßenmeisterei Oldenburg	20
II	Scharbeutz	Autobahnmeisterei Scharbeutz	29
II	Kreis Ostholstein		617
III	Kiel	Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	3.062
III	Kiel	Universitätsklinikum Kiel	5.034
III	Kiel	Fachhochschule Kiel	398
III	Kiel	Muthesius-Hochschule	52
III	Kiel	Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek	24
III	Kiel	Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	30
III	Kiel	Landgericht Kiel	191
III	Kiel	Amtsgericht Kiel	227
III	Kiel	Sozialgericht Kiel	27
III	Kiel	Staatsanwaltschaft Kiel	218
III	Kiel	Justizvollzugsanstalt Kiel	144
III	Kiel	Landesamt für Denkmalpflege SH	24
III	Kiel	Amt für Katastrophenschutz	49
III	Kiel	Polizeiverwaltungsamt	125
III	Kiel	Landeskriminalamt	375
III	Kiel	Statistisches Landesamt SH	251
III	Kiel	Landesvermessungsamt SH	167
III	Kiel	Katasteramt Kiel	37
III	Kiel	Staatliches Umweltamt Kiel	80

Planungsraum	Ort	Dienststelle	Beschäftigtenzahl
III	Kiel	Landesausgleichsamt	9
III	Kiel	Landesbesoldungsamt SH	299
III	Kiel	Oberfinanzdirektion Kiel	372
III	Kiel	Finanzamt Kiel-Nord	289
III	Kiel	Finanzamt Kiel-Süd	352
III	Kiel	Landesbezirkskasse Kiel	79
III	Kiel	Amt für das Eichwesen	17
III	Kiel	Landesamt für Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein	168
III	Kiel	Eichamt Kiel	16
III	Kiel	Amt für ländliche Räume Kiel	168
III	Kiel	LAsD, Außenstelle Kiel	63
III	Kiel	LGA Schleswig-Holstein	78
III	Kiel	LVUA Neumünster, Außenstelle Kiel	29
III	Kiel	Labore des LANU	38
III	Kiel	Landesarbeitsgericht SH	24
III	Kiel	Arbeitsgericht Kiel	19
III	Kiel	Ministerialverwaltung	2.741
III	kreisfreie Stadt Kiel		15.276
III	Neumünster	Amtsgericht Neumünster	113
III	Neumünster	Justizvollzugsanstalt Neumünster	233
III	Neumünster	Jugendanstalt Neumünster (Teil von SL)	43
III	Neumünster	Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein	33
III	Neumünster	Katasteramt Neumünster	34
III	Neumünster	LVUA des Landes Schleswig-Holstein	105

Planungsraum	Ort	Dienststelle	Beschäftigtenzahl
III	Neumünster	Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein	10
III	Neumünster	Finanzamt Neumünster	120
III	Neumünster	LAsD Schleswig-Holstein	85
III	Neumünster	Autobahnmeisterei Neumünster	28
III	Neumünster	Arbeitsgericht Neumünster	13
III	kreisfreie Stadt Neumünster		817
III	Klausdorf/Schw.	Straßenmeisterei Klausdorf	26
III	Plön	Amtsgericht Plön	65
III	Plön	Katasteramt Plön	26
III	Plön	Finanzamt Plön	120
III	Stolpe	Straßenmeisterei Stolpe	27
III	Kreis Plön		264
III	Eckernförde	Amtsgericht Eckernförde	46
III	Eckernförde	Finanzamt Eckernförde	98
III	Eckernförde	Straßenmeisterei Eckernförde	21
III	Flintbek	LANU des Landes Schl.-Holst.	258
III	Gettorf	Straßenmeisterei Gettorf	24
III	Hohenwestedt	Straßenmeisterei Hohenwestedt	26
III	Nienborstel	Forstamt Barlohe	49
III	Rendsburg	Amtsgericht Rendsburg	84
III	Rendsburg	Jugendarrestanstalt Rendsburg	14
III	Rendsburg	Katasteramt Rendsburg	49
III	Rendsburg	Finanzamt Rendsburg	158
III	Rendsburg	Straßenbauamt Rendsburg	157
III	Westerrönfeld	Straßenmeisterei Westerrönfeld	26
III	Kreis Rendsburg-Eckernförde		1.010

Planungsraum	Ort	Dienststelle	Beschäftigtenzahl
IV	Heide	Fachhochschule Westküste	67
IV	Heide	Finanzamt Heide	84
IV	Heide	Straßenbauamt Heide	236
IV	Heide	LAsD, Außenst. Heide	80
IV	Heide	ALR Husum, Außenstelle Heide	89
IV	Heide	Straßenmeisterei Heide	30
IV	Marne	Straßenmeisterei Marne	22
IV	Meldorf	Amtsgericht Meldorf	103
IV	Meldorf	Katasteramt Meldorf	55
IV	Meldorf	Finanzamt Meldorf	98
IV	Meldorf	ALR Husum, Außenstelle Meldorf	85
IV	Wesselburen	Straßenmeisterei Wesselburen	25
IV	Kreis Dithmarschen		974
IV	Itzehoe	Landgericht Itzehoe	86
IV	Itzehoe	Amtsgericht Itzehoe	101
IV	Itzehoe	Sozialgericht Itzehoe	18
IV	Itzehoe	Staatsanwaltschaft Itzehoe	100
IV	Itzehoe	Justizvollzugsanstalt Itzehoe	25
IV	Itzehoe	Katasteramt Itzehoe	37
IV	Itzehoe	Staatliches Umweltamt Itzehoe	145
IV	Itzehoe	Finanzamt Itzehoe	245
IV	Itzehoe	Landesbezirkskasse Itzehoe	36
IV	Itzehoe	Straßenbauamt Itzehoe	126
IV	Itzehoe	Straßenmeisterei Itzhoe	28
IV	Itzehoe	LGA, Außenstelle Itzehoe	22
IV	Itzehoe	ALR Lübeck, Außenstelle Itzehoe	60
IV	Kreis Steinburg		1.029
V	Flensburg	Universität Flensburg	175

Planungsraum	Ort	Dienststelle	Beschäftigtenzahl
V	Flensburg	Fachhochschule Flensburg	214
V	Flensburg	Landgericht Flensburg	92
V	Flensburg	Amtsgericht Flensburg	135
V	Flensburg	Staatsanwaltschaft Flensburg	91
V	Flensburg	Justizvollzugsanstalt Flensburg	44
V	Flensburg	Katasteramt Flensburg	38
V	Flensburg	Finanzamt Flensburg	315
V	Flensburg	Landesbezirskasse Flensburg	32
V	Flensburg	Straßenbauamt Flensburg	197
V	Flensburg	Straßenmeisterei Flensburg-West	20
V	Flensburg	Straßenmeisterei Flensburg-Ost	19
V	Flensburg	Eichamt Flensburg	8
V	Flensburg	Arbeitsgericht Flensburg	13
V	Flensburg	ALR Husum, Außenstelle Flensburg	74
V	kreisfreie Stadt Flensburg		1.467
V	Bredstedt	Forstamt Nordfriesland	49
V	Bredstedt	Straßenmeisterei Bredstedt	20
V	Husum	Amtsgericht Husum	75
V	Husum	Katasteramt Nordfriesland	60
V	Husum	Finanzamt Husum	133
V	Husum	ALR Husum ohne Außenst. Fl, Heide und Meldorf	510
V	Husum	Straßenmeisterei Husum	21
V	Leck	Finanzamt Leck	135
V	Leck	Straßenmeisterei Leck	23
V	Niebüll	Amtsgericht Niebüll	68
V	Niebüll	Katsteramt Nordfriesland, Außen- stelle Niebüll	5

Planungsraum	Ort	Dienststelle	Beschäftigtenzahl
V	Niebüll	Straßenmeisterei Niebüll-Uhlebüll	20
V	Tönning	Landesamt für den Nationalpark "Schl.-Holst. Wattenmeer"	47
V	Tönning	Straßenmeisterei Tönning	24
V	Kreis Nordfriesland		1.190
V	Busdorf	Museumsamt Schleswig-Holstein	11
V	Harrislee	Landesfeuerwehrschule Schleswig-Holstein	39
V	Kappeln	Amtsgericht Kappeln	26
V	Kappeln	Straßenmeisterei Kappeln	23
V	Schleswig	Schleswig-Holsteinisches Oberlandesgericht	137
V	Schleswig	Schleswig-Holsteinisches Landessozialgericht	34
V	Schleswig	Schl.-Holst. Oberverwaltungsgericht	73
V	Schleswig	Schleswig-Holsteinisches Verwaltungsgericht	52
V	Schleswig	Amtsgericht Schleswig	51
V	Schleswig	Sozialgericht Schleswig	12
V	Schleswig	Generalstaatsanwaltschaft	39
V	Schleswig	Jugendanstalt Schleswig	103
V	Schleswig	Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein	22
V	Schleswig	Landesarchiv Schleswig-Holstein	52
V	Schleswig	Katasteramt Schleswig	40
V	Schleswig	Staatliches Umweltamt Schleswig	88
V	Schleswig	Forstamt Schleswig	49
V	Schleswig	Finanzamt Schleswig	150

Planungsraum	Ort	Dienststelle	Beschäftigtenzahl
V	Schleswig	LAsD, Außenstelle Schleswig	63
V	Schleswig	Autobahnmeisterei Schleswig	22
V	Schleswig	Straßenmeisterei Schleswig-Busdorf	23
V	Süderbrarup	Straßenmeisterei Süderbrarup	21
V	Kreis Schleswig- Flensburg		1.130